

Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Fringegeb.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtsack 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Zeilzeile oder deren Raum 40 $\frac{1}{2}$
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperret!

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen kreiden wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist ferngehalten von:
- Tischlern nach Alzen, Göttingen (K. Kaiser, Möbel-fabrik), Neuhausen (A. Müller), Mainz, Eßbenau (G. Wunderlich), Frankfurt a. M. (Kotze & Söhne), Warburg, Riegnitz (Gustav Schaefer), Rixdorf (Schrammar), Wannheim (Wenz & Co.), Eilenburg (Diegel), Kaiserslautern (Graf), Martinroda, Straßburg i. E. (Müller, Finkweller &), Nollan (Saschob), Wanne, Straßburg, Fürth, Eilen, Schwabach, Hasserode-Wernigerode (R. Bracht), Walzenburg i. Schl.
- Tischlern auf photographische Apparate nach Specktrich, Rabenau und Seifersdorf;
- Tischlern, Möbelpolirern und Maschinenarbeitern nach Weihenstephan (Hahn & Miesow, Königs-Chaussee 79, Magdeburg (Hilde), Badenwalde (Mewes, Gebr. Sunta, Hünge, Hoffmann, Bracht);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Weidrich a. Rh. (Beer);
- Tischlern und Stuhlbauern nach Cassel, Fürth (U. Scheidig);
- Drechslern nach Altona (Maack);
- Drechslern, Maschinenarbeitern und Tischlern nach Grabow bei Stettin (Salge);
- Stuhlbauern, Drechslern und Volirern nach Preussisch Holland (Höhlhäger & Co.);
- Maschinenarbeitern nach Berlin;
- Wagenbauern nach Heringen a. Rhein, Königsberg i. Pr. (Eisenfurth'sche Waggonfabrik);
- Möbelfabrikarbeitern nach Freiburg i. Schl.;
- Möbelfabrikarbeitern nach Dresden (Kuhl);
- Politurarbeitern nach Dresden (Kern).

Russland.

Ranaba: Von Möbelarbeitern nach Toranto.
Schweden: Von Kantholzrohrmübelarbeitern nach Solihenburg (S. Imaged).

Zu den Waffen!

Ein Entrüstungsschrei entringt sich der beklemmten Brust Millionen von Arbeitern, Millionen Häufte ballen sich zusammen ob der unerhörten Gewaltthaten des Unternehmertums. Das Koalitionsrecht der Arbeiter, ein durch die Gesetzgebung verbrieftes Recht, sich zu vereinigen, wird mit Füßen getreten. Nichts ist dem Unternehmertum mehr heilig. Alle Schranken der Gesetzmäßigkeit, alle Schranken der Menschlichkeit und Humanität werden niedergerissen; wo sich seinen Ausbeutungs-gelüsten Widerstand entgegensetzt, wird derselbe mit roher Gewalt beleidigt, jeder Versuch, auf friedlichem Wege etwaige Differenzen auszugleichen, höhnisch zurückgewiesen mit der prächtigsten Schelte und Bemerkung. Wir wollen Euch zeigen, daß wir die Herren sind, daß wir zu bestimmen haben, wie lange und zu welchem Lohnsage gearbeitet werden soll. „Wir, die wir in Gottes unendlicher Güte berufen sind, Kapital und Arbeit zu leiten, können verlangen, daß die Arbeiter sich uns fügen.“ Mit diesem an Nichtswürdigkeit und elendem Hochmuth nichts zu wünschen übrig lassenden Motto des amerikanischen Kohlenkönigs Morgan ziehen auch die deutschen Unternehmer in den Kampf gegen die um ihr elendes Dasein und ihr Koalitionsrecht ringenden deutschen Arbeiter.

Jahre lang haben zur Zeit der günstigen Geschäftskondition die Unternehmer glänzende Profite eingeführt, die Aktionäre fette Dividende eingehend; die Arbeiter sind in ihrer übergroßen Mehrheit leer ausgegangen, weil sie nicht oder nicht genügend organisiert waren, um gestützt auf eine gute Organisation, einen geringen Antheil des von ihnen geschaffenen Mehrwerts fordern zu können.

Dem Organisationsbedürfnisse der Handwerker ist in dem gleichen Zeitraum gesehlich im weitesten Maße Rechnung getragen. Die mannigfachen Behörden stehen deren Organisationen fördernd und beratend zur Seite, wohingegen den Arbeiterorganisationen die größten Schwierigkeiten bereitet wurden. Wenn es den Bestreben dennoch gelang, sich eine achtunggebietende Position im wirtschaftlichen Kampf zu erobern, so ist das nur ihrem Opfermuth und ihrem Solidaritätsgefühl zu danken. Als im Jahre 1900 die Krise mit aller Wucht einsetzte und Abertausende Arbeiter dem Hunger und Elend ausgesetzt waren, haben die Gewerkschaften Alles daran setzen müssen, um die mühsam gewonnenen Mitglieder zu halten. Lohnreduktionen mußten sich die Arbeiter drei Jahre hindurch gefallen lassen, unerhörte Schikanen über sich ergehen lassen müssen. Von Angriffskämpfen war nur in ganz verschwindendem Maße die Rede, um so länger war die Reihe der Abwehrkämpfe, die aber zumeist mit gar keinem oder negativem Erfolge beendet wurden. Eine Anzahl Gewerkschaften stehen zur Zeit erschöpft dem beginnenden Geschäftsaufschwung gegenüber. Daß besonders die größeren Organisationen ihren Bestands an Mitgliedern sich erhalten, theilweise sogar bedeutend vermehrt haben, ja, daß sie auch finanziell gut gestellt sind, das wurmt die Unternehmer, und deshalb setzen sie Alles daran, um die ihnen in günstiger Geschäftskondition gefährlich werdenden Organisationen vorher durch Aussperrungen lahm zu legen und kampfunfähig zu machen. Aber dies ist nicht allein der Grund. Wir stehen un-mittelbar vor den Reichstagswahlen. In einer Anzahl Wahlkreise ist begründete Hoffnung vorhanden, daß die Vertreter des Selbsts durch die Sozialdemokratie verdrängt werden könnten, und um dies zu verhüten, wird zu allen nur denkbaren Schikanen gegriffen, um die Arbeiter zum Streik zu provozieren, d. h. man mußhet, wie in den Unterwerferorten, den Arbeitern zu, daß sie den Unternehmern zu Liebe in einen Streik treten sollen, der nur die eine Folge zeitigen könnte, daß mehrere Tausend wahlberechtigte Arbeiter sich nach anderen Orten begeben müßten und durch den Wechsel ihres Wohnortes ihres Wahlrechts verlustig gehen würden. Als die Arbeiter durchschauten, was mit ihnen geplant war, haben sie sogar auf ihr Koalitionsrecht verzichtet bis auf eine ihnen günstigere Zeit und sind geblieben. In anderen von der Sozialdemokratie bedrängten Wahlkreisen versucht man dasselbe zu erreichen, indem man ansässige, wahlberechtigte Arbeiter beschäftigungslos umherirren läßt und italienische Arbeiter zu Tausenden importirt. So in Kiel und Ikehoe.

Obwohl allgemein bekannt ist, daß nichts mehr die Unternehmer in Harnisch bringt als Lohnbewegungen, die meistens auf eine Lohnaufbesserung zum Nachtheile des Unternehmerrprofits abzielen, so muß es doch auffallen, daß gerade jetzt, zu Beginn einer sich regenden günstigen Geschäftskondition, die Massenausperrungen der Arbeiter erfolgen, und wir täuschen uns deshalb wohl nicht, wenn wir sagen, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen ganz wesentlich als Grund für die brutalen Aussperrungen der Arbeiter gelten dürften. Nun, wie dem auch sei, ob die Aussperrungen aus dem einen oder anderen Grunde erfolgen, ob geplant ist, den Arbeitern das Koalitionsrecht oder das Wahlrecht zu rauben, ein brutaler Akt ist die Aussperrung in jedem Falle, und da die deutschen Arbeiter sowohl das eine wie das andere Recht nicht entbehren wollen noch können, so setzen sie Alles daran, um die reaktionären Anschläge des Unternehmertums auf diese Rechte abzuwehren. Das geschieht erfreulicherweise überall mit einem Ernst, mit einer Begeisterung und einer Ruhe, die das Unternehmertum geradezu bedenklich und unheimlich berühren muß.

Die Kämpfe der Holzarbeiter in Berlin liefern einen ekklatanten Beweis dafür, was Ernst und Ausdauer, gepaart mit Opfermuth und Disziplin, vermögen, und daß das Unter-

nehmertum dem gewaltigen Anprall der Arbeiterorganisationen nicht in jedem Falle zu widerstehen vermag. Freilich hindert die blamable Niederlage die Mahardt-Gesellschaft und Co. trotzdem nicht, jetzt schon wieder eine Aussperrung großen Stils in Szene zu setzen. Wenn Beschlüsse mit großsprecherischen Worten durchzuführen wären, dann lägen heute schon wieder mindestens 6000 Holzarbeiter auf dem Straßenpflaster. Da die Unternehmer aber von den steten Kämpfen, in die sie von ihren Machern gebrängt werden, nicht gewinnen, sondern immer nur verlieren können, bleibt es immer nur bei den Beschlüssen, und wenn Ludwig Klebinder auch Jeden einen „Hundssohn“ nennt, der sich den Beschlüssen nicht fügt, so ändert das nichts an der Thatsache, daß trotz des Beschlusses: 25 pZt. der 24 000 Holzarbeiter auszusperrung, gegenwärtig ganze 808 organisierte und 27 nichtorganisierte Tischler ausgesperrt sind bezw. wegen Mangel an Maschinenarbeit nicht weiterarbeiten konnten.

Fahren Sie so fort, Herr Mahardt, Sie sind ein unbezahlbarer Agitator für den Holzarbeiterverband, und möchten wir Sie daher ungern missen. Nie wäre die Einigkeit, der Opfermuth und die Disziplin der Berliner Holzarbeiter erzielt worden, wenn wir Sie, Herr Mahardt, nicht gehabt hätten! Also tausend Dank für Ihre rastlose Thätigkeit in unserem Interesse. Nachgerade fühlt ein großer Theil der Arbeitgeber, daß die von Mahardt & Co. seit Jahren befolgte Taktik zu ihrem Ruin führt und nur denen nicht, die zum Kampfe gegen die Gesellen aufstacheln. Wie die Dinge sich in Berlin auch weiter entwickeln mögen, das Eine steht fest: der Deutsche Holzarbeiterverband wird in jedem Falle in den von Mahardt & Co. heraufbeschworenen Kämpfen Sieger bleiben.

Wie in Berlin sich der Kampf um die Zerdrückung der Holzarbeiterorganisation dreht, so in Birmaßens, wo 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie ausgesperrt sind, weil sie ihr Koalitionsrecht nicht preisgeben wollten. In Herlohn sind mehr als 4000 Arbeiter aus dem gleichen Grunde auf's Pflaster geworfen. In Kolmar i. El. kam es wegen eines Streiks der Legilarbeiter, welchem sich die als Streikbrecher importirten Italiener angeschlossen, zu blutigen Zusammenstößen. Auch im Ausland gährt es. In Rom kam es zu lebhaftesten Manifestationen zu Gunsten des Segeerstreiks. In Holland tobte noch vor einigen Tagen ein Kampf um das Koalitionsrecht, der sich vornehmlich richtete gegen eine Streikvorlage im holländischen Parlament, welche das Koalitionsrecht dadurch beseitigen oder mindestens beschränken will, daß jede Theilnahme an einem Streik mit Geld- und Gefängnisstrafe geahndet werden soll.

Alle diese bedeutsamen Vorgänge und Kämpfe müssen nicht nur berechtigten Zorn und Unwillen bei den Arbeitern hervor-rufen, sondern sie auch anspornen, solch' einem brutalen Vorgehen der Unternehmer und deren politisch ebenso reaktionären Sachwalters den zähesten Widerstand entgegenzusetzen. Jeder Gleichmuth in einer solchen Zeit, wie wir sie jetzt durchleben, ist doppelt strafwürdig. Wo das gesammte Unternehmertum gemeinsame Sache macht, wo alle politischen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, dem reaktionären, brutalen Vorgehen die wärmste Sympathie entgegenbringen, wo selbst, wie in Holland, der Arbeiterfreundlichkeit heuchelnde Liberalismus offen für den Koalitionsraub eingetreten ist, da kann bei denkenden Arbeitern kein Zweifel mehr darüber bestehen, welche Stellung er diesem reaktionären Gellächter gegenüber einzunehmen hat. Kampfen den Vertretern eines volks-entrechtenden Systems bis auf's Messer! Das muß die Parole sein, welche in den kommenden Wochen und zu aller Zeit für alle denkenden freichthliebenden Arbeiter in Geltung zu treten hat.

Die Kosten sämtlicher Streiks sind in nachfolgender Uebersicht zusammengestellt:

Table with 4 columns: Angriffskreis, Abwehrkreis, Zusammen, and a final column for total. Rows include Streikunterstützung, Meißelunterstützung, Rechtschutz, Agitation und Verwaltung, Sonstige Ausgaben, and Gesamtausgabe.

Zum Vergleich geben wir in Folgendem wieder eine Zusammenstellung sämtlicher Streiks seit Bestehen des Verbandes:

Large table with 12 columns: Im Jahre, Insgesamt, Abwehrstreiks, Angriffskreis, and various sub-columns for statistics. Rows list years from 1893 to 1902 and a total sum.

Stuttgart, den 9. April 1903.

Der Verbandsvorstand.

Zur diesjährigen Lohnbewegung der Tischler und Drechsler in Lübeck.

Nachstehend geben wir den Kollegen einen Bericht über die in diesem Frühjahr stattgefundene Lohnbewegung. Bevor wir jedoch auf dieselbe näher eingehen, wollen wir kurz einen Rückblick auf die früheren Lohnbewegungen am Orte werfen.

Als wir im Jahre 1889 an unsere Arbeitgeber herantraten mit der Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden und einen Minimallohn von 84 % pro Stunde (vorher war der Lohn 28 % bis zu 28 % herunter üblich), stießen wir auf einen hartnäckigen Widerstand bei der Innung. Zuerst war es die Unterschrift, welche sie nicht anerkennen wollten, dann, wie wir dieselbe fallen ließen, war es der Minimallohn, auf welchen sie glaubten, nicht eingehen zu können. Wir mußten zu dem letzten Mittel, zum Streik greifen, um uns unsere Forderungen zu erkämpfen. Der Streik dauerte damals 26 Wochen und wurde dann von unserer Seite aufgehoben, einestheils, weil keine Streikenden mehr vorhanden waren, und anderenteils hatte die Innung unsere Forderungen stillschweigend anerkannt. Im Jahre 1897 traten wir wiederum an unsere Arbeitgeber heran, mit der Forderung, die Arbeitszeit von 10 Stunden auf 9 1/2 Stunden herabzusetzen, ferner einen Normallohn von 40 % pro Stunde. Wir wendeten uns zunächst an die Innung, mit welcher wir dann einen Normallohn von 88 % pro Stunde festsetzten, auch die 9 1/2 stündige Arbeitszeit wurde uns von dieser Seite zugestanden. Wir unterbreiteten dann unsere Forderung den übrigen Arbeitgebern, welche nicht der Innung angehörten, und da waren es die Möbelfabrikanten, welche von der Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit nichts wissen wollten, sich einen Verein gründeten, welcher, gestützt auf den hiesigen Arbeitgeberverband, den Kampf mit uns aufnahm. Mühte damals nach 30wöchiger Dauer der Kampf von unserer Seite aufgehoben werden, so doch in der Bewilligung, für die Folge auch die Herren Möbelfabrikanten unseren Forderungen geneigter gemacht zu haben. Und in dieser Hoffnung hatten wir uns nicht getäuscht, denn als wir im Frühjahr 1898 die Forderungen erneuerten, wurden dieselben anstandslos bewilligt. Auch die Bewegung im Jahre 1899, wo es sich um die Erhöhung des Lohnes auf 40 % pro Stunde handelte, erledigte sich ohne Streik. Von einer für das Jahr 1901 in Aussicht genommene Lohnbewegung wurde auf Anraten des Verbandsvorstandes Abstand genommen. Inzwischen sind die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse weiter gestiegen, so daß die hiesigen Kollegen, da sich seit vorigem Herbst der Geschäftsgang bedeutend gehoben hat, die Frage einer Besserung ihrer Lage ernstlich in Erwägung ziehen konnten. Diese führte zur Aufstellung folgender Forderungen. 1. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April 1903 ab 9 Stunden. 2. Der Normallohn 48 % pro Stunde. 3. Affordarbeit findet nicht statt. 4. Bei Ueberstunden und Sonntagsarbeit erfolgt ein Lohnzuschlag von 25 %, bei Nacharbeit ein solcher von 50 %.

Nach mehrmaliger Unterhandlung wurde dann mit der Innung folgender Tarif vereinbart, welcher auch von sämtlichen anderen Arbeitgebern anerkannt wurde. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. Und zwar erklärten die Innungsmeister uns, so lange im Baugewerbe die 9 stündige Arbeitszeit nicht eingeführt sei, daß sie unter keinen Umständen dieselbe für uns bewilligen könnten, jedoch verpflichteten sie sich, im Winter, soweit die Geschäftslage es gestattet, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen.

Der Normallohn beträgt 43 % pro Stunde, ferner erhält jeder Geselle diesen Zuschlag von 5 % resp 5 % pro Stunde. Bei Affordarbeit heißt es, dieselbe ist zu beseitigen, findet dennoch solche statt, so ist der Stundenlohn gesichert.

Haben wir unsere Forderungen auch nicht voll bewilligt erhalten, so bedeutet das Erreichte für uns immerhin einen guten Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als derselbe fast ohne jeglichen Streik erzielt werden konnte. Auf die vollständige Durchführung der 9 stündigen Arbeitszeit müßten wir verzichten, weil inzwischen auch im Baugewerbe ein Abschluß herbeigeführt war, wonach die 9 1/2 stündige

Diese Kosten wurden wie folgt gedeckt:

Table with 4 columns: Angriffskreis, Abwehrkreis, Zusammen, and a final column for total. Rows include Aus der Verbandskasse, Aus der Kassa, Von arbeitenden Kollegen, Gemerkschaftskasse, Sammellisten, Aus anderen Orten, Aus dem Auslande, and Zusammen.

Zusammen... 49607 26 | 102640 23 | 152247 49

Arbeitszeit belächelt wird. Unter diesen Umständen war es für uns zweifellos, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur durch harten Kampf zu erreichen sei und gaben wir uns daher mit der Zusicherung, daß in den Wintermonaten 9 Stunden gearbeitet werden solle, zufrieden. Bezüglich des Lohnzuschlages von 8 % für dieses und weiteren 2 % für nächstes Jahr, ist zu bemerken, daß andere Gewerkschaften am Orte, welche in diesem Jahre Forderungen gestellt hatten, nur 2 % für dieses und 2 % für nächstes Jahr erreicht haben. An der Abschaffung der Affordarbeit ist hier seit Jahren mit Erfolg gearbeitet worden. Diese Forderung kam nur noch in wenigen Betrieben in Betracht, und ist es auch, mit Ausnahme der Werkstatt, gelungen, dieselbe überall durchzusetzen. Öffentlich betrachten es unsere dortigen Kollegen als eine Ehrenpflicht, auch ihrerseits die Affordarbeit zu meiden.

Bei der Firma Demuth & Co. kam es wegen einer Differenz mit den Drechslern zum Streik, derselbe war nach wenigen Stunden für die Kollegen siegreich beendet. Für die Drechsler konnten überall die gleichen Vorteile erzielt werden, weil die Tischler solidarisch für sie eintreten. Unsere diesjährige Bewegung hat uns gezeigt, daß auch unsere Arbeitgeber aus früheren Lohnkämpfen die Lehre gezogen haben, daß es besser ist, sich mit einem ehrentwürdigen Gegner zu verständigen, als sich auf die Hilfe des Arbeitgeberverbandes zu verlassen. Uns aber hat die Bewegung bewiesen, daß die früheren Kämpfe nicht umsonst geführt sind. Erst jetzt haben die damals gebrachten Opfer ihre Früchte getragen.

Die Lohnkommission.

Agitation unter den Stodarbeitern Deutschlands.

Im Auftrage des Hauptvorstandes habe ich in neun Orten Versammlungen abgehalten. Das Thema war in allen: „Die wirtschaftliche Lage der Stodarbeiter, und wie ist eine Besserung derselben herbeizuführen.“ Für Leipzig war außerdem noch der Punkt: „Die Feuergefährlichkeit des Celluloid“ eingeschaltet. Ich hatte es mir zur Aufgabe gemacht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Stodarbeiter, soweit mir darauf bezügliche Material zur Verfügung stand, klar zu legen, gleichzeitig die Vortheile einer kurzen Arbeitszeit vor Augen führend. Speziell behandelte ich die Unterstüchseinrichtungen des Verbandes, um zum Schluß den Anschluß an die Organisation zu empfehlen. Bedauerlicher Weise hatten sich die Verhältnisse in einzelnen Orten in Bezug auf die Anzahl der beschäftigten Kollegen von der Zeit, in welcher wir Angaben hatten, bedeutend verschoben, so daß zum Theil nur eine geringe Zahl von Kollegen beschäftigt war, während unsere Mittheilungen noch 30 bis 40 an einzelnen Orten beschäftigte Kollegen voraussetzten.

Am 14. März sprach ich in B i g n i z in einer Mitgliederversammlung, besucht von 100 Mitgliedern, in welcher nur 19 Stodarbeiter anwesend waren, trotzdem dort 90 Arbeiter und 30 Arbeiterinnen beschäftigt sind, von denen nur zwei der Organisation angehören. Aufnahmen waren sofort nicht zu erzielen, trotzdem sich am Schluß der Versammlung die Kollegen mit den Ausführungen einverstanden erklärten. Die Betreffenden wollten ihre Kollegen veranlassen, in Wirtschaften, in welchen sie sonst verkehren, mit Mitgliedern der Verwaltung zusammenzukommen, um auf diese Weise eine größere Theilnahme zu erlangen. Ob es Erfolg haben wird, muß abgewartet werden.

Am 15. war ich in B r e s l a u. Es sind dort zwei größere und drei kleinere Betriebe. Beschäftigt sind 35 männliche Arbeiter in den Betrieben und fünfzehn hausindustriell thätige Frauen als Polirerinnen. In der Versammlung anwesend waren 15 Stodarbeiter und fünfzehn der Branche nicht angehörige organisierte Kollegen. Neun Kollegen ließen sich aufnehmen, die Uebrigen wollten sich nach dem 1. April aufnehmen lassen. Gleichzeitig wurde für die größeren Betriebe je ein Vertrauensmann gewählt, sowie der Beschluß gefaßt, sich der Sektion der Drechsler anzuschließen. Hier ist also ein guter Anfang gemacht.

Am 16. befand ich mich in G ö r l i z. Hier sollen nach den Mittheilungen, welche die Sektionsleitung hatte, an 35 Stodarbeiter beschäftigt sein. Durch Vermittelung zweier Betriebe, Vater und Sohn, sind heute nur noch fünf Kollegen dort beschäftigt, außerdem 16 in Hirschhorn-Galanterie-

waren thätige Kollegen in demselben Betriebe, von welchem 8 Kollegen organisiert sind. In der Zusammenkunft erklärten sich 5 Kollegen zur Aufnahme bereit, so daß jetzt über die Hälfte im Betriebe Beschäftigter organisiert sind. Dieselben wollen nun versuchen, auch die anderen dort beschäftigten Kollegen zum Verband heranzuziehen, um auf den Unternehmern einen Druck in Bezug auf die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen zu können.

Am 17. war ich in D r e s d e n. Dort sollten nach uns gewordener Mittheilung an 60 Stodarbeiter beschäftigt sein. Nach Verlegung des einen umf Eingehen eines zweiten Betriebes ist die Zahl der beschäftigten Kollegen auf 21 gesunken. Anwesend waren nur neun Kollegen, von denen zwei erklärten, sich dem Verband anzuschließen, die Anderen waren Mitglieder.

In W e i ß e n war ich am 18. und waren circa 35 Kollegen anwesend; organisiert sind acht, von welchen nur drei anwesend waren. Acht Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen, darunter einige von den Aelteren, die infolge dessen einigen Einfluß auf ihre Kollegen haben, und versprochen, für den Verband wirken zu wollen.

Am 19. sprach ich in G r i m m a. Elf Kollegen waren anwesend, davon fünf Mitglieder, zwei Kollegen ließen sich aufnehmen. Ich will bemerken, daß ich hier die schlechtesten Lohnverhältnisse antraf.

Am 20. war ich in H a l l e. Auch dort sollten an 90 Stodarbeiter beschäftigt sein, in Wirklichkeit waren es nur sieben; außerdem waren zwei Drechsler anwesend. Die Arbeitszeit beträgt 6 1/2 Stunden pro Woche. Der Lohn der Drechsler schwankt zwischen M 15-21, der der Stodarbeiter zwischen M 22-24. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen.

Am 21. sollte ich in L e i p z i g sein; auf Wunsch der dortigen Kollegen wurde die Versammlung auf den 23. verlegt.

Am 22. befand ich mich in B e r g e l. Hier hatte ich noch einen Marsch von der letzten Bahnverbindung Jena nach Mühlberg von beinahe drei Stunden. Das herrliche Frühlingswetter hatte hier den Besuch der Versammlung etwas beeinträchtigt. Es sind hier circa 120 Stodarbeiter beschäftigt, darunter ein Theil Maurer, welche nur im Winter auf Stöcke arbeiten. Organisiert sind 86 Kollegen, von denen ungefähr 60 in der Versammlung waren. Der Lohn ist durch den Druck der Organisation in den letzten fünf Jahren von M 15 im Durchschnitt auf M 18,20 gestiegen. Meiner Erklärung gegenüber, unter solchen guten Organisationsverhältnissen wäre meine Agitation überflüssig, fand ich allseitigen Widerspruch, im Gegentheil bedauerte man, daß nicht andere Orte, wie Wettinhausen, Mühlberg bei Oschershausen, Lorch und einige andere nicht mit einbezogen waren. Gleichzeitig wurde hier der Krebschaden der Hausindustrie, besonders in Berlin, scharf kritisiert. Ferner wurde von verschiedenen Rednern dem Gedanken Ausdruck gegeben, die Stodarbeiter von ganz Deutschland müßten eine ständige Verbindung untereinander herstellen. Außerdem wurde die Frage der Waiseinberathung und beschloßen, am 1. Mai Nachmittags zu feiern durch Umzug und anschließendes Vergnügen im „Schützenhaus“. Im Allgemeinen herrschte hier ein guter Geist unter den Kollegen.

Am 23. war die Schlußversammlung in L e i p z i g. Hier sind beschäftigt 70 bis 80 Kollegen, organisiert 65 Kollegen, von denen circa 50 in der Versammlung anwesend waren. Die Arbeitszeit beträgt 9 bis 9 1/2 Stunden. Es wurde getagt, daß in der Schirmfabrik von Strieder Jungen zum Aufheben der Griffe auf Stöcke angelernt werden. Hier wurde von mir die Frage der Feuergefährlichkeit des Celluloid angesehnt. In der Debatte wurde festgestellt, daß die Einrichtungen zur Verhütung von Feuergefahr jetzt gute zu nennen sind. Für jeden Arbeiter steht ein Eimer Wasser sowie Sand bereit, um bei ausbrechendem Feuer sofort eingreifen zu können; dann sind in genügendem Zahl Hydranten angebracht, sowie durch alle Arbeitsräume Alarmsignale, bei deren Erönen die Arbeiter sofort die Fabrik verlassen müssen. Schleicht weg kam die Firma Engelmann, bei welcher im Jahre 1900 der Betrieb ausbrannte, wobei die Familie des Hauswarts in den Flammen umkam. Hier befand sich das Holzlager im Verschlag auf der ersten halben Treppe, nur durch eine Holzthür abgeperrt. Ursache war ein Arbeitsbursche von 16 Jahren, welcher mit brennender Petroleumlampe in den Abfallkeller ging, wodurch das Unglück passierte. Nun soll der Inhaber, nach Aussage vor Gericht, auf den Jungen eingewirkt haben, er solle aussteigen, er sei gegen Verbot mit der brennenden Lampe in den Keller gegangen, sonst sei Engelmann ruiniert. Der Unternehmer, der sonst sozialpolitisch den rüchstündigsten Ansichten huldigen soll, hat außerdem Arbeitern, welche in dem Prozeß als Zeugen vorgeschlagen waren, sofort nach dem Brande ihren Lohn von M 16-17 auf M 21 erhöht. Herr Engelmann wurde denn auch von der diesbezüglichen Anklage freigesprochen, während der Junge als Brandstifter zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt wurde und seine Mutter zur Zahlung einer Entschädigung von M 1000 an Engelmann. Auch hier wurde die Frage der Hausindustrie angesehnt. Gleichzeitig fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung beauftragt die Sektionsleitung auf's Neue, dahin zu streben, daß in Leipzig in den Celluloid- und Stodfabriken einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.“ Auch hier ließen sich eine Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen.

Von ungefähr 500 beschäftigten Kollegen nahmen ungefähr 220 an den Zusammenkünften und Versammlungen teil, und circa 35 Kollegen wurden sofort für den Verband gewonnen. Ist dieses Resultat auch unbedeutend, so ist nicht zu verkennen, daß in einem Theil der Orte durch diese Agitation erst Verbindung zwischen Ortsverwaltung und den Stodarbeitern hergestellt wurde, welche jetzt weiter ausgebaut werden kann, und dann, daß durch nachfolgende Veröffentlichung der theils elenden Lohnverhältnisse die Lage der Stodarbeiter grell beleuchtet wird. Ich werde nur das Schlimmste vorführen.

In Liegnitz bei Prager beträgt die Arbeitszeit 6 1/2 Stunden pro Woche, und während der guten Konjunktur müssen noch sechs Ueberstunden pro Woche gemacht werden. Es erhält der Kreis- und Wandjägerschneider den hortenenden Wochenlohn von M 14 und eine Prämie von 1 % pro ein bis drei Dugend. Hierdurch erhöht sich sein Lohn um M 2-3. Durch diese raffinierte Entlohnung, erspart sich aber der Unternehmer einen zweiten Arbeiter, da die Prämie den Arbeiter zu übermenschlicher Leistung antreibt. Die Ver-

Feiler erhalten einen Lohn von 12-18 bei einem Anstandslohn von 10. Wer mehr, fliegt hinaus. Die Kreisräte, deren Arbeit ebenso gefährlich ist, wie die der Kreisräte, erzielen einen Höchstlohn von 12-18, in Ausnahmefällen von 20 bei voller Beschäftigung; ist wenig zu thun, entsprechend weniger. Völlig Jemand wegen des schlechten Verdienstes auf, mag es der Unternehmer sogar, ungelernete Arbeiter an solche gefährliche Werkzeuge zum Anlernen zu stellen. Nun, es kostet ja nicht seine Knochen. Schwache Feiler und Schleifer verdienen 7-8, bessere 17-20, im Durchschnitt im Höchstfalle 12-14 und bei diesen Löhnen müssen die Arbeiter noch Feilen, Schleifsteinen und Sandpapier selbst stellen, was einer Ausgabe von 50 3 bis 1 gleich kommt. Der Ausbieger erhält 12 Wochenlohn, und im Alford pro Duzend Naturschüsse 9 3; und fällt die Arbeit nicht nach Wunsch des Meisters aus, läßt er dieselbe auf Kosten des Arbeiters von einem der älteren nacharbeiten; dann bleibt von diesem schon so elenden Lohn nahezu garnichts übrig. Und derartige Löhne bei ziemlich hohen Lebensmittelpreisen und Wohnverhältnissen! Wir wurde auch allseitig gesagt, daß Niemand ohne die Mitarbeit der Frau das Notwendigste für den Lebensunterhalt herbeizuschaffen in der Lage sei.

In Breslau beträgt die Arbeitszeit 62 Stunden pro Woche. Auch dort müssen die Hornschleifer bei einem Verdienst von 8-16 noch den Wimslein selbst stellen, wie in Liegnitz. Hier wurde sehr über Abzüge geklagt, z. B. für Büffeltüden, Damenschirme von 60 3 auf 85 3, Herrenschirme von 90 3 auf 85 3 innerhalb eines Jahres. Auch die Feiler: Schleifer auf Holzstücke erzielen nur einen Lohn von 11-17, und hierüber auch noch der Abzug von Feilen, Schleifsteinen und Sandpapier.

Auch in Görlitz wird nur ein Verdienst von 16-18 erzielt. Hier auf der einen Seite die vielen pensionierten Beamten und Offiziere, welche in der herrlich gelegenen Gartenstadt ihre Pension verkehren und auf der anderen Seite die elend entlohnten Arbeiter.

In Meissen besteht für 65 Arbeiter eine neunstündige, für 15 noch die zehnstündige Arbeitszeit, zum Teil verlängert durch Ueberstunden. So theilte mir ein Kollege mit, daß er bei 20 Lohn gegen eine Entschädigung von 35 3 in der letzten Woche noch 27 Ueberstunden geleistet habe. Die Schleifer und Polierer erzielen einen Lohn von 12-23, im Durchschnitt zirka 16. Die Stodzieher erhalten einen Wochenlohn von 13,50, und dann kommt auch bei dieser Kategorie ein Prämienystem in Anwendung, wodurch sich ihr Verdienst noch um 3 erhöht.

In Grimma aber wird eine geradezu unmenschliche Ausbeutung mit der Waare Arbeitskraft getrieben. Es sind dort beschäftigt 80 Arbeiter, 8 jugendliche, 22 Mädchen und 4 Hausarbeiterinnen. Die Feiler und Schleifer, und zwar die leistungsfähigsten, verdienen im letzten Jahre durchschnittlich 17,70, im Allgemeinen kommen sie nicht über 15 pro Woche. In der Kontinfeilerie verdient ein Mann mit seiner Frau zusammen in der Woche 12, die Mädchen 4-8, die tüchtigsten im Durchschnitt 8. Soweit mir bekannt ist, dies überhaupt der einzige Betrieb, in welchem Mädchen zum Feilen und Schleifen verwendet werden. Auch für Polierer werden nur Arbeiterinnen verwendet bei einem Verdienst von 5-10, im Ausnahmefalle bis 12. Das Standaßelste kommt aber noch. Ein Arbeiter erhält einen Teil Arbeit im Alford übertragen. Er lernt sich jugendliche Arbeiter an bei einem Lohn von 8-8, der Ueberlohn, den er erzielt, ist seine Entlohnung. Bis dahin haben wir solche Findigkeit in der Ausmückerung der Arbeitskraft nicht für möglich gehalten; in dieser Beziehung muß dem Inhaber der Grimmaer Stodfabrik die Siegespalme zuerkannt werden.

Ich habe versucht, nach Möglichkeit eine objektive Darstellung der Verhältnisse in den von mir besuchten Orten zu geben; nun, Kollegen, benutzt das Material, agitiert und sucht die Kollegen und Kolleginnen zum Verband heranzuziehen, damit wir in die Lage kommen, Ausbeutern, wie sie vorstehend gekennzeichnet, das Handwerk legen zu können.
Julius Sildebrandt.

Der zweite Bauarbeiterkongress.

(Schluß.)

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Submissionsverfahren und Lohnklausel“, begründete der Referent, Hr. Denthals-Hamburg, folgende Resolution:

„In Erwägung, daß im Submissionsverfahren vielfach Preisangebote gemacht werden, die eine richtige Kalkulation der Geschäftslage, insbesondere der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, völlig vermissen lassen;

in weiterer Erwägung, daß in den vorbezeichneten Fällen die Unternehmer der Arbeiten und Lieferungen fast immer das Betreiben haben, um auf ihre Kosten zu kommen, die Löhne der Arbeiter zu drücken und die Arbeitsbedingungen allgemein zu verschlechtern;

und in fernerer Erwägung, daß den Verwaltungsbehörden des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunen die Pflicht zugewiesen werden muß, mit gutem Beispiel voranzugehen und bei der Ausführung von öffentlichen Arbeiten jede von den Unternehmern beabsichtigte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern, fordert der Kongress:

1. Die bauenden Behörden sind seitens der in Betracht kommenden Faktoren zu veranlassen, die öffentlichen Bauten in eigener Regie anzuführen. Bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die Bauarbeiterorganisationen gutachtlich zu hören. In keinem Falle darf mit dem Lohn unter das von den betreffenden Gewerkschaften festgesetzte Minimum herabgegangen, ebenso wenig darf die Arbeitszeit überzürten werden.
2. Soweit das Submissionsverfahren sich zur Zeit noch nicht umgehen läßt, oder soweit sonst Arbeiten und Lieferungen an Unternehmer vergeben werden, sind die Behörden zu verpflichten, in die Submissionsbedingungen und Lieferungsverträge folgende Klausel aufzunehmen und zur Geltung zu bringen:
„Der Unternehmer ist verpflichtet, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedin-

gungen genau innezuhalten, oder, wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als rechtsverbindlich für sich anzuerkennen.“

3. Tausend Meinungsverschiedenheiten über die allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen auf, so hat die Baubehörde ein Gutachten der in Betracht kommenden Arbeitervertreter bezw. Arbeiterkorporationen einzufordern.

Der zweite Bauarbeiterkongress fordert die Bauarbeiter aller Branchen bezw. alle Bauarbeiterorganisationen dringend auf, für die praktische Durchführung der Lohnklausel recht energisch thätig zu sein.“

Der Referent weist u. A. darauf hin, welche außerordentliche Differenzen sich bei den Angeboten im Submissionswesen zeigen und theilt eine Anzahl dieser Submissionsblüthen aus allen Bauberufen mit. Das Material kostet überall dasselbe, also sind die Arbeiter die eigentlichen Leidtragenden. Redner verweist zur Verteidigung der Lohnklausel auf England. In Deutschland sind wir noch weit zurück. Nur in Bayern und Württemberg wurde in den vorigen Parlamenten die Frage angeregt. Ehe die Arbeiterorganisationen hier nicht eingreifen, ist an eine Besserung der bestehenden Zustände nicht zu denken. Wir müssen mit den Unternehmern korporative Arbeitsverträge abschließen, damit den Arbeitern ein genügender Lohn gewährleistet wird. Wir müssen von den Behörden die Aufnahme der Lohnklausel verlangen, dann wird das Privatkapital bald nachfolgen. Sorgen Sie dafür, daß wir eine Macht werden, dann werden wir unsere Forderungen durchdrücken können. (Beifall.)

Die Resolution wird debattelos einstimmig angenommen. Von den vom Kongress angenommenen Anträgen und Resolutionen erwähnen wir noch folgende: Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der Zentralkommission über die Organisation der Bauarbeiterkongresse.

1. Die Ausführung der Kongressbeschlüsse und Erleichterung aller mit der Förderung des Bauarbeiterkongresses zusammenhängenden Aufgaben ist Sache der Zentralkommission für Bauarbeiterkongresse in Hamburg. Die Wahl derselben haben die Zentralvorstände derjenigen Verbände vorzunehmen, welche an der Bauarbeiterkongress-Bewegung theilhaftig sind.

2. Zur Unterstützung der Zentralkommission sind die örtlichen Zweigvereine (Zentralen, Zahlstellen) der bau-gewerblichen Verbände verpflichtet, und sind zu diesem Zweck Lokalkommissionen für Bauarbeiterkongresse einzusetzen.

3. Sofern für einen Bundesstaat resp. für einen größeren Landesheil im Interesse des Bauarbeiterkongresses gemeinsame Aktionen sich notwendig machen, dann sind zur Leitung derselben von der Zentralkommission, in Verbindung mit den für den betreffenden Bezirk in Betracht kommenden Agitationskommissionen resp. Gauborständen der Verbände, die entsprechenden Einrichtungen zu treffen.

4. Für die Bauarbeiterkongress-Bewegung werden besondere Beiträge nicht erhoben. Die Unkosten der Zentralkommission sind auf die theilhaftigen Verbände im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl anzulegen; die Unkosten der Lokalkommissionen haben die an denselben theilnehmenden Zweigvereine resp. Zahlstellen aus ihren Lokalkassen zu bestreiten.

5. Aufwendungen für gemeinsame Aktionen (Ziff. 3) werden aus den Mitteln der Zentralkommission gedeckt. Ausgenommen hiervon sind die Delegationskosten zu etwaigen Konferenzen, welche von Denjenigen zu zahlen sind, die die Delegation entsenden.“

Einstimmig angenommen wird noch folgende Resolution: „Unbefriedet der prinzipiellen Forderung der deutschen Bauarbeiterkongress, daß die Reichsgesetzgebung für den ausweichendsten Bauarbeiterkongress Sorge zu tragen hat, verpflichtet der zweite Bauarbeiterkongress die Bauarbeiter aller Branchen, die Selbsthilfe kräftig zu gebrauchen. Der Kongress erucht die in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Mitglieder dazu anzuhalten, daß die Beseitigung aller Mißstände ganz energisch betrieben wird.“

In seinem Schlußwort bezeichnet Bömelburg als Ergebnis des Kongresses eine nachdrückliche Demonstration für den Bauarbeiterkongress und eine Vertiefung der Kenntnisse. Er hofft, daß die Regierung bald dazu gedrängt werde, die Forderungen der Bauarbeiter zu erfüllen, wenn die Agitation, bei der die verschiedenen Faktoren untereinander Ausbarmkeit beweisen müßten, in der Aufklärung der Massen nicht ersahme. Man sagt, die Gewerkschaften sollen sich nicht mit Politik befassen. Man will nicht auf unsere Kongresse kommen, weil rothes Tuch vorhanden ist. Ich bin nun weit entfernt davon, jedem einzelnen Gewerkschaftsmittglied zu sagen: „So hast Du politisch zu denken.“ Aber bei der Frage des Bauarbeiterkongresses wird es besonders klar, daß unsere Stille allein die Sozialdemokratie ist und sein wird. Bei den Wahlen wird es sich darum handeln, den herrschenden Gewalten zu zeigen, daß die arbeitende Bevölkerung unzufrieden ist. Wir müssen am 16. Juni unsere Stimme für die wirtschaftliche und politische Freiheit in die Waagschale werfen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf schließt Bömelburg mit einem dreifachen Hoch auf die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung aller Länder die Kongressverhandlungen.

Rundschau.

Behördlicher Schutz der Tarifgemeinschaften. Mit dem 1. April tritt in Württemberg eine neue Verordnung über das Submissionswesen in Kraft, die u. A. bestimmt, daß die von Tarifgemeinschaften oder ähnlichen Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmern festgelegten Arbeitsbedingungen für den Submissionsvertrag maßgebend sein sollen. Dieselbe Verordnung bestimmt weiter, daß in Fällen, wo der Unternehmer den Arbeitern gegenüber seine Pflichten nicht erfüllt, die Verwaltung die Zahlung für Rechnung des Unternehmers an die Arbeiter direkt leisten kann. Berücksichtigt werden soll bei der Vergütung und Ausführung der öffentlichen Arbeiten die geschäftliche Zeit. Die von den Unternehmern geforderte Streik Klausel wurde abgelehnt, ebenso die weitere Forderung, die Arbeiten nur an Handwerker mit dem Meistertitel zu vergeben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Von der Broschüre „Warum die Beitragserhöhung“ ist noch ein geringer Vorrath vorhanden. Diejenigen Zahlstellen, welche noch Bedarf haben, wollen ihre Bestellung umgehend einsenden.

Den Zahlstellen A schaffenburg, Frankfurt a. d. O., H ochst und Marburg wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. April d. J., bezuglich der Zahlstelle Loig ab 1. Mai d. J., einen Lokalbeitrag von 5 3 pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Die Mitglieder in diesen Zahlstellen haben demzufolge von dem angegebenen Datum ab einen Wochenbeitrag von insgesamt 40 3 zu entrichten.

Bezuglich der Zahlstellen Wochum, Gera und Zeulenroda die Genehmigung erteilt, ab 1. April einen Lokalbeitrag von 10 3 pro Monat neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Mitgliedern ausländischer Verbände, welche nach § 8 unseres Statuts zum unentgeltlichen Uebertritt in den deutschen Holzarbeiterverband berechtigt sind, ist bei ihrem Uebertritt stets ein neues Mitgliedsbuch aus der Reihe der laufenden Nummern auszustellen. Es ist also unzulässig, denselben für in Deutschland gezahlte Beiträge Marken in das ausländische Verbandsbuch zu kleben. Bezüglich der Bedingungen des Uebertritts bitten wir die Vorschriften im § 8 des Statuts zu beachten.

In letzter Zeit haben wir wieder sehr häufig konstatieren müssen, daß Reiselegitimationen für Mitglieder ausgestellt worden sind, welche noch garnicht unterstützungsberechtigt waren. Wir rufen deshalb an alle Zahlstellenassistenten die bringende Mahnung, genauer darauf achten zu wollen, daß nur solche Mitglieder eine Reiselegitimation erhalten dürfen, welche ein volles Jahr dem Verbands angehören und auch mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben.

Bezüglich der Lokalgeschenke an reisende Mitglieder bringen wir den Beschluß des letzten Verbandstages (Seite 188 des Protokolls) hiermit in Erinnerung, nach welchem den Zahlstellen empfohlen ist: „Lokalunterstützung nur nach 13wöchiger Mitgliedschaft zu gewähren. Sie darf die Summe der gezahlten Beiträge nicht übersteigen und muß sich unterhalb der durch 52wöchige Mitgliedschaft erworbenen Rechte halten.“

Die Mittheilung der Namen verstorbener Mitglieder zur Aufnahme in die Sterbetafel bitten wir stets direkt nach Hamburg an die Redaktion der „Holzarb.-Ztg.“ zu adressieren.

Mitglieder, welche umziehen und Anspruch auf Umzugsubunterstützung erheben wollen, haben nach § 44 des Statuts ihren diesbezüglichen Antrag rechtzeitig vor dem Umzug in der Zahlstelle ihres seitherigen Wohnortes einzureichen. Jede Versäumnis dieser Vorschrift verzögert die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung und kann unter Umständen deren Verweigerung überhaupt zur Folge haben.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 80485 Rudolf Wilsche, Tischler, geb. 17. 1. 48 zu Friedeberg a. Queis.
- 108637 Bruno Lehmann, Tischler, geb. 19. 12. 89 zu Ottendorf.
- 114642 Franz Emmerich, Tischler, geb. 31. 5. 66 zu Wolsdorf.
- 131635 Edmund Schmidt, Drechsler, geb. 1. 7. 78 zu Wrotterobe. Stuttgart, den 11. April 1903.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung der Pressekommision.

Die Adresse des Vorsitzenden ist vom 3. April ab: L. Jacobs, Hamburg 30, Scheideweg 27, 3. Et.

Sterbetafel.

- Jakob Mohrbach, Schreiner, geb. 16. 7. 75, gest. 4. 4. 03 zu Schlegelrode (Bew. Cassel).
 - Franz Schimke, Tischler, geb. 31. 3. 72, gest. 23. 3. 03 zu Runnersdorf.
 - Gustav Wöhlichen, Tischler, geb. 10. 4. 78 zu Dürkeltel, gest. 4. 4. 03 zu Nabeberg.
 - Simon Gerhardt, Wildhauer, geb. 10. 12. 59 zu Nürnberg, gest. 9. 4. 03 zu Nürnberg.
- Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Bekanntmachungen der Gauborstände.

S. Gau. Vorort Erfurt.
Die Fragebogen zu den Vierteljahresberichten sind im Laufe dieser Woche den Zahlstellen zugeandt worden und ersuchen wir die Verwaltungen um sorgfältige Beantwortung sowie baldige Einsendung. Letzteres ist um so nötiger, als durch die Erhöhung der Beiträge es nötig ist, den Gauborstand über den Stand der Zahlstelle zu unterrichten.
Der Gauborstand. J. A. J. Schröder.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Essen a. d. Ruhr. Wie bereits in der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde, haben am 4. April sämtliche Bankschreiner, Maschinenschreiner und Drechsler der Firma Schmek & Diepenbrod, Alteneffen, ihre Kündigung eingereicht. In Betracht kommen ungefähr 70 Mann, welche größtenteils schon lange Jahre bei genannter Firma beschäftigt sind. Wie überall noch in Essen, so war auch bei dieser Firma die elfstündige Arbeitszeit üblich für das Sommerhalbjahr, und wurde für das Winterhalbjahr die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabgesetzt. Die Arbeiter, welche infolge reger Agitation, und nicht zum wenigsten durch fortgesetzte Lohnrückereien fast ausnahmslos der Organisation beitraten, hatten nun beschlossen, die zehnstündige Arbeitszeit auch für den Sommer festzuhalten. Als nun am 1. April die Werksleitung wieder die elfstündige Arbeitszeit verlangte, reichten die Arbeiter ihre Forderung ein, bestehend in Festhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit, bei entsprechender Erhöhung des Stundenlohnes, und einigen kleineren Forderungen, welche sich auf Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beziehen. Als der von den Arbeitern gewählte Fabrikabschluss Antwort haben wollte, wurden die Vertreter mit der Bemerkung abgewiesen: „Eine Arbeitervertretung erkennen wir nicht an, wenn die Arbeiter Wünsche und Beschwerden haben, möge jeder Einzelne dieselben persönlich vorbringen.“ Hieraus kündigten sämtliche Arbeiter, mit Ausnahme von Dreien. Gelingt es uns, bei der durchaus nicht ungünstigen Geschäftslage des Werkes den Zugang fernzuhalten, so werden wir wohl die Firma zwingen können, mit einer Arbeitervertretung zu rechnen. Der eine Inhaber, Herr Diepenbrod, ist eine Hauptperson im Alteneffener Arbeiterverein, und als solcher möchten wir ihn an die bekannten Februarerlasse Kaiser Wilhelm's II. erinnern, in welchen der Kaiser die Arbeitervereine, Arbeitervereine, zu bilden zur friedlichen Beilegung aller Differenzen. Als echter Patriot müßten ihm doch diese Erlasse eine Richtschnur sein für sein Verhalten den Arbeitern gegenüber. Die Einigkeit unter den Arbeitern ist eine vorzügliche, und sollte die Firma sich auf keine Verhandlungen einlassen, so sind dieselben durch ihre Organisationen auch auf einen längeren Kampf vorbereitet. Der Zugang nach dieser Firma, wie überhaupt nach Essen, ist also streng fernzuhalten, damit wir endlich einmal in unserer Großstadt zur zehnstündigen Arbeitszeit kommen. Gelingt uns das bei dieser Firma so wird die Rückwirkung für Essen wohl nicht ausbleiben.

Freiburg i. Schl. Achtung! Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter! Ausstand der Regulatorgehäusearbeiter in der hiesigen Uhrmachers-Gesellschaft in Sicht. Am Dienstag, den 7. April, erhielten der Bevollmächtigte Kustos, der Kassierer Scholz sowie ein Werkstattassistent Weinhardt per Einschreibebrief ohne Grundangabe die Kündigung. Bei einer Unterredung mit unserem Gauvorsitzer Dietrich und dem Direktor Bühler erklärte Letzterer, die Kündigung der drei Kollegen sei deshalb erfolgt, weil dieselben die Unzufriedenheit der Arbeiter in der Fabrik schüren, und könnte dieselbe nur zurückgenommen werden, wenn die drei Kollegen schriftlich erklärten, mit den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen, sowie mit den im vorigen Jahr durch die stattgefundenen Lohnbewegungen errungenen Verbesserungen zufrieden zu sein. Es wurde sofort eine Werkstattbesprechung abgehalten und erklärten sich sämtliche Kollegen mit den Gehändigten solidarisch, da an ein Unzufriedenheitsschüren gar nicht zu denken ist, im Gegenteil, haben es sich dieselben angelegen sein lassen, die Kollegen, welche fortwährend mit begründeten Klagen über neue Abzüge sowie schlechter Behandlung seitens des Werkmeisters Schmidt, eines früheren „Auchsollegen“, der, als er noch an der Hohenbank stand, niemals genug bekommen konnte, dieselben auf einen günstigen Zeitpunkt zu vertrösten. Es wird sehr wahrscheinlich am Mittwoch von sämtlichen Kollegen die Arbeit niedergelegt werden. Die Organisation sowie die Vegetierung unter den Kollegen für dieselbe ist gut. Auch ist der Geschäftsgang ein guter. Es wird dringend ersucht, den Zugang nach hier fernzuhalten. Weiterer Bericht folgt.

Kaiserslautern. Die Differenzen mit der Firma Graf sind nunmehr beigelegt, jedoch wollen wir nochmals an dieser Stelle das Verhalten des Herrn Graf in das rechte Licht rücken. Derselbe erklärte zunächst, auf eine allgemeine 15 prozentige Erhöhung der Aufordräge nicht eingehen zu können, und verlangte Festsetzung der Preise für jedes einzelne Stück. Diesem wurde entsprochen. Herr Graf fertigte daraufhin eine Preisliste an, was er bewilligen wollte und sandte sie mit Unterschrift versehen dem Bezirksamt ein, welches die Vermittlung übernommen hatte. Auch die übrigen Forderungen versprach er in dem Schreiben zu bewilligen. In einer Abends stattgefundenen Werkstattversammlung wurde mit Zustimmung der Lokalverwaltung beschlossen, das Angebot des Herrn Graf zu akzeptieren. Als jedoch die Kommission am anderen Morgen Herrn Graf davon Mitteilung machte, erklärte dieser, überhaupt nichts zu bewilligen. — Ein Mann, ein Wort! — Erst durch Vermittlung des Fabrikinspektors, der am gleichen Tage anwesend war und den Betrieb einer Revision unterzog, ging Graf auf seine Tags vorher gegebene Zusage wieder ein. Die Bemühungen des Graf gegenüber, die Kündigung bei den Arbeitern, denen Graf gekündigt hatte, wieder retour zu nehmen, waren erfolglos. Herr Graf will diese Hauptheber — es sind dies drei Mann, hierbei ein Ladierer — nicht mehr in seinem Geschäft haben. Diese tragen natürlich auch kein Verlangen darnach. Der Schwiegerjohn des Herrn Graf äußerte am Schlusse der Unterhandlungen, er sei froh, daß nun wieder Friede sei. Dieser wird aber von kurzer Dauer sein, denn Graf scheint nun für das ihm Angehörige Plache nehmen zu wollen, und die Ehtanrungen beginnen nun von Neuem. Die Strafen versprach Herr Graf abzuschaffen bezw. einzuführen, an deren Stelle tritt nun bei dem geringsten Vergehen sofortige Entlassung. Mehrere Arbeiter haben das Geschäft bereits verlassen. Zugang nach demselben ist deshalb auch weiterhin fernzuhalten.

Koblenz. Hier referierte am 29. März Kollege Gütth über das Thema „Der Kampf um's Dasein“. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. In der nach-

folgenden Diskussion wurden besonders die Koblenzer Verhältnisse beleuchtet und betont, daß die Holzarbeiter alle Ursache hätten, sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen; aber dazu sei bei den Meistern kein Interesse vorhanden. Für Altimbin und sonstige Vereinsmeister habe man eher Geld. Des Weiteren wurde betont, daß auch hier die Herren Arbeitgeber im Holzgewerbe anfangen, gegen unsere Organisation zu gehen. Erst kürzlich habe eine Versammlung der Herren Arbeitgeber hier im Lesevereine stattgefunden, in der Herr Mentier Kings aus Köln referierte über: „Stellungnahme gegen die ungerechten Forderungen der Gehülften“. Darnach will man sich gegenseitig unterstützen bei eventuellen Lohnbewegungen der Gehülften usw. Nun giebt es auch noch vernünftige und einsichtsvolle Arbeitgeber, die nicht immer gerade mit den Scharfmachergehilften des Herrn Kings einverstanden sind. Andererseits kommen aber auch Fälle bei den Herren Arbeitgebern vor, daß man Arbeiter, die bis 30 Jahre im Geschäft thätig waren, dann einfach auf das Pflaster wirft. Für die Koblenzer Kollegen ist es nun aber am Platze, nicht zurückzustehen, sondern sich erst recht zusammenzuschließen; halte es ein Jeder für seine Pflicht, für den Deutschen Holzarbeiterverband einzutreten, und suche jeden noch Fernstehenden herüberzugleiten, damit auch wir hier am schönen Rhein uns bald würdig an die Seite unserer deutschen Kollegen stellen können. Denn nur Einigkeit macht stark.

Krefeld. Hier sprach in einer gut besuchten Holzarbeiter-Versammlung am 5. April Kollege Grönhoff aus Esberfeld über: „Die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes, und welche Aufgaben stehen uns bevor?“ Zum Anderen standen Differenzen in einigen Werkstätten auf der Tagesordnung. Herr Frenken, Obermeister der hiesigen Tischlerinnung, war geladen, aber nicht erschienen. Der Referent führte am Schlusse seines beifällig aufgenommenen Vortrages aus, daß, wenn die Kollegen Krefelds die anscheinend günstige Konjunktur dieses Jahres ausnützen wollten, sie sich sammt und sonders der Organisation anschließen müßten. Schlecht weg kam in der Diskussion Herr Frenken, über den und dessen Werkstattverhältnisse bittere und berechtigte Klage geführt wurde. Auch über Altjassen's Behandlung gegenüber seinen Arbeitern wurde sich besprochen; Aufschlag für Ueberstunden werde bei ihm überhaupt nicht bezahlt. Mit Recht tadelt ein Kollege, daß die Kollegen zu ängstlich seien; anstatt der Verwaltung von etwaigen Mißständen Kenntniß zu geben, fügten sie sich stillschweigend. Dadurch werde es aber nicht besser; mit aller Energie solle man vielmehr dafür eintreten, daß die Errungenschaften des letzten Streiks voll und ganz durchgeführt würden. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung bedauert, daß die im Jahre 1900 gutwillig von den Unternehmern zugestandene tägliche 9½stündige Arbeitszeit nicht allgemein, sondern nur in einigen Werkstätten eingeführt ist. Die Versammlung tadelt ganz entschieden das Verhalten des Obermeisters Frenken, durch welches dessen Arbeiter gezwungen waren, die Arbeit aufzugeben. Da auch durch die ungünstige Konjunktur die Löhne allgemein gesunken sind, sieht die Versammlung nur in der Verkürzung der Arbeitszeit das einzige Mittel, um Besserung zu schaffen, und der in den letzten Jahren besonders trotz hervorgetretenen Arbeitslosigkeit für die Folge vorzuziehen. Die Versammlung hält es daher für notwendig, daß die Holzarbeiter Krefelds sich von Neuem kräftig organisieren, um zu gegebener Zeit den Kampf um Erringung der neunstündigen Arbeitszeit führen zu können. Die Anwesenden treten, soweit es nicht schon geschehen, dem Verbände bei und verpflichten sich, für dessen weiteren Ausbau zu sorgen.“

Rübenau. Am 6. April fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher das große Publikum über die Ursache und den Stand des Streiks bei Herrn Wunderlich unterrichtet werden sollte. Herr W. war zu dieser Versammlung brieflich eingeladen, aber nicht erschienen. Am 7. April Nachmittags sollte dann mit Herrn Wunderlich unterhandelt werden, er selbst bestimmte, daß es Nachmittags 2 Uhr geschehen solle. Kollege Ahrens, Berlin war pünktlich zur Stelle, aber aber nicht erschien, auch den ganzen Nachmittag nicht anzutreffen war, das war Herr Wunderlich. In der obigen Versammlung sprach Stusche, Berlin. Unsere Forderungen sind, wie bekannt, Anerkennung des zweiseitigen und der Firma vor zwei Jahren vereinbarten Lohns und Anerkennung unserer Organisation. Herr W. sträubt sich dagegen, und so dauert der Streik unverändert fort. Ein Arbeitswilliger, Namens F. J. Lewinsohn, Wildhauer, war im Auftrage Wunderlichs nach Berlin gedampft und hatte auf der Herberge in der Oranienstraße auch das Schweineglück, sechs Mann zu lapern. Nachdem er sie fertigigt hatte, ging es zum Bahnhof. Dort erfuhren die sechs Angehörigen, welche saubere Hölle ihnen L. zugemuthet hatte und — weigerten sich selbstverständlich mitzufahren, und dem Hauszeiger Lewinsohn blieb nichts Anderes übrig, als einsam und allein auf der Rückfahrt über seinen Heimfall nachzudenken. Die „Märkische Volksstimme“ hatte über diesen Vorfall berichtet, was dem muthigen Lewinsohn Anlaß gab zu folgendem Sermon im hiesigen „Wochenblatt“:

„Ein auch in hiesiger Gegend vielgelesenes Heftblatt thut in einer der letzten Nummern seinen Lesern kund und zu wissen, daß es in Berlin jüngst etlichen „Herren vom Verbands“ gelungen ist, mir sechs Arbeitswillige abzutreiben, welche große Geldenthat ihnen gewiß viel Vorbeeren eintragen wird. — Mit der Zahl hat aber der Richterfater das Maul etwas voll genommen, denn es handelt sich nur um drei Arbeiter; der Schreiber des Artikels muß sich wohl in einem gewissen Zustande befunden haben, daß er doppelt gesehen hat.“

Da ich zu dem Engagement von Arbeitern Auftrag hatte, so lag für mich kein Grund vor, ein Geheimniß von dem Vorfall zu machen; der Artikelenschreiber ist daher im Irrthum, wenn er annimmt, daß ich nicht gewissenhafte Berichte erstatte habe, da das kleine Intermezzo obendrein geeignet war, einen fühlbaren Einfluß auf die ganze Lage des hiesigen Streiks auszuüben. F. J. L.“

Bemerkte ich daß der zweite Absatz der Lewinsohn'schen Erklärung sich auf eine Verurteilung, n-jererseits bezieht, wonach wir zweifelten, daß L. seinem Chef von seinem Heimfall berichtet haben würde.

Wir haben an unsre. Bericht nichts zu ändern; jedenfalls konnte Herr L. in seinem Sieg, staumel nicht mehr bis sechs zählen und jetzt nach seiner Ernüchterung lieber wünschte, er hätte sich die Blamage ersparen können; um

nie etwas geringer erscheinen zu lassen, sollen es mit Gewalt nur drei Mann gewesen sein, die ihn hineingelegt haben.

Nebenbei sei bemerkt, daß L. noch vor Jahresfrist selbst Richterfater der von ihm als „Heftblatt“ bezeichneten „Märkischen Volksstimme“ gewesen ist; seine heutige Vöbelerei beweist, bis zu welcher Gefinnungslumperei er sich entwickelt hat. Lassen wir ihn, und ist er nicht so viel werth, daß wir ihn im „Wochenblatt“ einer passenden Antwort würdigten.

Lütgendortmund. Unsere Zahlstelle hat während ihres sechsmonatigen Bestehens ihre Existenzfähigkeit bewiesen (wie ja auch der letzte Gaub. richt. besagt), trotzdem ihr das erste zur Verfügung stehende Versammlungslokal, ebenfalls das derzeitige, abgetrieben worden ist. Im Laufe der Zeit ist es dann bei einigen Firmen zu Differenzen gekommen; so auch bei der Firma Hüls & Schmidt, wo die Kollegen für geleistete Ueberstunden einen Lohnzuschlag von 15 pht. verlangten. Zuerst wurden die Ueberstunden abgeschafft, später aber die Forderung b. willigt, mit der Bedingung, der Organisation den Rücken zu kehren. Dieselbe Firma hat es sich dann auch nicht nehmen lassen, inmitten ihrer Getreuen den Geburtstag unsres Landesherrn zu feiern, unter gleichzeitiger Spendigung von Freibier, wobei dann der Herr Hüls eine recht scharfmacherische Rede vom Stapel ließ, und das noch während der Arbeitszeit, die sonst voll und ganz ausgenutzt werden muß. Bei der Firma J. Holtemeyer waren am 21. März 6 Kollegen angehalten worden, nach Lippstadt zu fahren, um dortselbst Montagearbeit im Bau zu verrichten, die voraussichtlich mehrere Wochen anhält. Diefelben wurden alle vorstellig, für den Tag einen Lohnzuschlag von mindestens A 1 zu erhalten. Dieses wurde ihnen aber abgelehnt mit der Motivierung: „Wir haben uns bei der Skalkulation der Banken verhalten“, (trotzdem ein viel zu starkes Bureaupersonal vorhanden ist). Am darauf folgenden Montag wurde dann den betreffenden Kollegen, wo sie sich noch weigerten, ohne entsprechende Entschädigung nach Lippstadt zu fahren, der Zutritt zu dem Betriebe untersagt. Bedenklich ist aber das Verhalten der Firma, daß sie den Schreineren, die die Arbeit verrichteten, einen Lohnzuschlag von A 1,50 pro Tag gewährte und der Werksführer sich ausließ: „Ich werde einmal in dem Betriebe eine gründliche Klämung vornehmen“. Der Anfang hierzu ist schon gemacht, Verbandsmitglieb, sind bis jetzt aus der Arbeit geschieden. Es liegt nun vor allen Dingen an den Kollegen, fester als zuvor zur Organisation zu halten, die Versammlungen reger zu besuchen und kräftig zu agitieren für dieselbe, um eines Tages an die Unternehmer herantreten zu können mit dem Ersuchen, unsere Wünsche mehr als bisher zu berücksichtigen. Helfen wird es schon, wenn wir unsere Anliegen mit größerem Nachdruck vertreten können.

Neustadt a. d. S. Einen Plagegeist in Gestalt des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins hat die Zahlstelle Neustadt a. d. S., und hauptsächlich ist es der Schreiner Zulp, der sich den stolzen Namen „Sekretär“ errungen hat. Unsere Zahlstelle sah sich vor kurzem veranlaßt, Flugblätter zu verbreiten, von denen auch eines zu Händen des Herrn Zulp kam, der seinerseits nichts Eiligeres zu thun hatte, als eine Versammlung seiner Getreuen einuberufen und tüchtig über den Holzarbeiterverband loszuhalten und selbst in ihrem freisinnigen Organe, „N. W. Z.“, zu schreiben, wir hätten sie aufgefordert, in den Holzarbeiterverband einzutreten, was natürlich eine Lüge ist. Nachdem wir eine Gegenerklärung veröffentlichten, wandte sich der Sekretär an die „Seite“, um uns in der schändlichsten Weise zu verleumden. Zu einer öffentlichen, von uns einberufenen Versammlung wurde Zulp schriftlich eingeladen. Kollege Klein aus Mannheim ging mit den Gewerksvereinslern gründlich in das Gericht, und zeigte ihnen aus ihrer eigenen Abrechnung, daß sie thatsächlich in Bezug auf den wirtschaftlichen Kampf nicht erst genommen werden könnten. Sein 1½stündiges Referat schloß Redner unter großem Beifall der circa 100 Anwesenden. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt, und laut welcher sich die Anwesenden verpflichten, soweit noch nicht geschehen, dem Holzarbeiterverband beizutreten, wurde einstimmig angenommen. Der Herr „Sekretär“ hatte es natürlich vorgezogen, trotz der Einladung, nicht zu erscheinen; es schimpft sich ja ungestörter und ungenirt aus dem Hinterhalt. Bemerkte werden mag noch, daß aus Anlaß der Beitrags-erhöhung in unserer Organisation die Hirsche Plakate in der Stadt angeklebt und ihre Organisation als die beste empfohlen haben. Ob sie um unsere Mitglieder verlegen waren? Glück haben sie mit dem Wander natürlich nicht.

Plauen i. V. Am 6. April beschäftigte sich eine von circa 200 Kollegen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung mit nachstehenden Forderungen, die den Arbeitgebern unterbreitet werden sollen: 58stündige Arbeitszeit pro Woche, 20 pht. Lohnerhöhung, 30 S Mindestlohn pro Stunde, Abschaffung der Akkordarbeit resp. Anerkennung eines einheitlichen Akkordtarifs, für Ueberstunden 5 S, Nacht- und Sonntagarbeit 10 S mehr pro Stunde. Für Arbeiten bis fünf Kilometer Entfernung von der Werkstätte A 1, darüber A 2 Auslösung pro Tag. Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Einführung von Lohnbüchern. Der Lohn wird in der Werkstätte auszubezahlt. Gegenseitige Kündigung findet nicht statt. Die Arbeitsordnung wird in den Werkstätten sichtbar ausgehängen. Maßregelungen finden nicht statt. Alle Redner betonten, daß die Forderungen in Betracht der theuren Wohnungsmieten und der Lebensmittel durchaus berechtigt und nicht übertrieben seien. Auch der Gauvorsitzer, Kollege Thiermann, schloß sich dieser Meinung an und ersuchte die in Betracht kommenden Kollegen, von denen vier Fünftel organisiert sind, die Forderungen geschlossen zu vertreten und ebenso ein. z. wie sie in den Kampf eintreten, so einig auch aus demselben hervorzugehen. Die Kollegen Aubis, Steinkamp, Ruppert, Uhlmann, Hudroff und Struz sprachen in gleichem Sinne. Betont wurde, daß nichts unterlassen werden solle, um gütlich sich mit den Arbeitgebern zu einigen. Es wird auch die Erwartung ausgesprochen, daß angesichts der günstigen Geschäftskorjunktur, wie sie Plauen noch nicht gesehen, auf große Schwierigkeiten kaum gerechnet werden könne. Die hierauf folgende Abstimmung: Sind wir gewillt die Forderungen in ihrem ganzen Umfange zu vertreten? ergab, daß 187 Stimmen dafür und 2 Stimmen sich dagegen erklärten. Damit sind die Würfel gefallen, und liegt es nun an den Kollegen

durch einiges Zusammengehen den Sieg davonzutragen. Die Kollegen allerorts ersuchen wir, den Zugzug streng fernzuhalten.

Schönbach in Lippe. Unsere Zahlstelle ist noch recht jung, und doch können wir stolz auf die Erfolge des Verbandes sein. Es kommen für uns vornehmlich zwei Stammfabriken in Betracht, und zwar die Firmen Schumann & Voigt-hart und Müller & Co. In beiden Fabriken waren die meisten Kollegen bis vor kurzer Zeit im Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein organisiert, doch half die Organisation den Kollegen wenig, denn der Vertreter des „Generalraths“ erklärte, daß dort „immer noch schöne Löhne bezahlt wurden“! Dabei verdienen unsere Kollegen theilweise M 8,40 pro Woche! Schließlich sind ja dann die Kollegen aus dem Gewerksverein ausgetreten, und zählt unsere Zahlstelle heute 78 Mitglieder, während dem Gewerksverein noch 8 Mann angehören. Die Firma Müller & Co. hat nun seit Jahren einen Werkmeister, der seine Kraft darin sucht, die Löhne zu drücken. Das gelang denn auch bisher, weil unsere Kollegen keine feste Stütze hatten und im entscheidenden Augenblick vom Gewerksverein im Stich gelassen wurden. Kein Wunder, daß der Werkmeister sich an den Gedanken nicht gewöhnen kann, daß diese Zeit vorüber. So hat er denn einem jüngeren Kollegen, der mit M 8,40 in Lohn stand, Auford gegeben, und als dieser bei dieser Arbeit M 11,80 verdiente, erklärt, er habe in Lohn „gebunzelt“, darum würde er jetzt auch nur M 8,40 erhalten, wenn er aber das Geld verlange, könne er in 14 Tagen gehen! Die Kollegen traten zusammen und wurden sich einig, dem Treiben des Werkmeisters ein Ende zu machen, und forderten die Entlassung des Werkmeisters sowie Weiterbeschäftigung des Kollegen. Unser Gausvorsitzer, Kollege Weder, wurde bei dem Fabrikanten wegen der Sache befragt, doch wollte er sich mit dem „Verbandsvertreter“ nicht einlassen, erklärte sich aber bereit, mit dem Privatmann Weder die Sache zu besprechen. Die Weiden wurden sich dann einig, daß am Nachmittag die Kommission der Fabrik mit dem Fabrikanten wegen der Sache verhandeln solle. Als am Nachmittag die Kommission wegen der Sache im Comptoir erschien, erklärte der Fabrikant, er habe mit der Kommission nichts zu thun, Jeder, der Beschwerden habe, solle selbst zu ihm kommen, und sie kamen diesem Wunsche nach, unsere Kollegen, nämlich sie rückten mit 64 Mann dem Chef in die Höhe. Herr Krüster war im ersten Augenblick ganz hoff, hat dann aber die Kollegen, die möchten an ihre Arbeit gehen. Diesem Wunsche entsprachen die Kollegen nun allerdings nicht, sondern erklärten rund heraus, nicht her wieder zu arbeiten, bis die Mißstände beseitigt seien. Jetzt sah man ein, daß man mit dem Holzarbeiterverband und nicht mehr mit dem Gewerksverein zu thun hatte, und das Bild änderte sich. Der Werkmeister bot die versammelten Kollegen, man möge ihn mit seiner Familie nicht brotlos machen, in Zukunft wolle er sich bessern, die Kollegen sollten Beschwerden über ihn nicht mehr haben. Herr Krüster legte für seinen Meister ein gutes Wort ein und erklärte, daß in Zukunft Entlassungen und Kürzungen nur vom Comptoir erfolgen dürfen. Dem Kollegen war der zurückgehaltene Betrag bereits ausgezahlt und die Kündigung zurückgenommen. In Zukunft wird die Firma bereit sein, mit den Verbandsbeamten zu unterhandeln. Unsere Kollegen ließen nun Gnade für Recht ergehen und haben den Meister in seiner Stellung belassen, sind aber, da sie sämtlich dem Verband angehören, nicht gewillt, sich Alles gefallen zu lassen. Ja — Einigkeit macht Kraft!

Spandau. Bei der Firma Aktien-Gesellschaft für Feld- und Kleinbahn, vormals Orenstein & Koppel, sind durch Nachlässigkeit der Kollegen erhebliche Mißstände eingetreten; die Kollegen denken, nachdem sie sich in den Verband haben aufnehmen lassen, wird es von selbst besser. Daß dieses nicht der Fall ist, haben sie schon gesehen. Während der schlechten Konjunktur haben sich die Kollegen Abzüge gefallen lassen müssen. Augenblicklich ist der Geschäftsgang gut, da will die Firma aber die Arbeit ebenso billig herzustellen wissen. Es sind die Kostentipper, die wurden im Winter für M 9,50 aufgebaut (diese machten weniger Arbeit als die jetzigen), während sie jetzt M 15 Lohn sollen; die Firma will aber nur M 11 geben. Als wir vorstellig wurden, ist uns der Weisheit geworden, erst zehn Stück fertig zu stellen; dieselben sind jetzt noch in Arbeit und kommen auf M 25 in Lohn. Im Accord arbeiten kann man bei den hiesigen Verhältnissen überhaupt nicht. Der Meister treibt immer, man soll die Arbeit anfangen, wenn man angefangen hat, kann man auch nicht mehr weiter, denn da fehlt dies und da fehlt das. Man verläßt die halbe Zeit, ohne etwas gemacht zu haben. Der Lohn wird zwar immer bezahlt, wenn man aber einen besseren Accord hat, so muß man es auf den schlechten überzeichnen. Der Stundenlohn beträgt 31—42 S, welcher für Spandauer Verhältnisse viel zu niedrig ist, und noch sagte der jetzige Ingenieur, dieselben wären zu hoch. Derselbe kam nämlich von Weimar, wo die Löhne niedriger sind. Und so werden die Accordlöhne bei jeder Arbeit gedrückt. Der Ingenieur will die Arbeit ebenso billig haben wie in Weimar, aber er bedenkt nicht, daß in Weimar das Holz von den Maschinen fertig geliefert wurde, während man hier jedes Stück Holz selbst ausfinden und ausarbeiten muß. Dabei sind die Maschinen in einem traurigen Zustande, wenn man daran arbeiten will, muß man erst Eisen scharf machen, ebenso die Sägen, weil sich kein Mensch darum kümmert, Jeder will so schnell wie möglich fertig sein, und das kann so nicht weitergehen, da müssen Leute da sein, die die Maschinen in Ordnung halten. Dann werden alte Eisenbahnschwellen angeliefert, die muß man nun verarbeiten, wenn man in dieses Holz einen Schnitt macht, ist die Säge stumpf, weil es voller Sand ist; die kurzen Abfälle davon werden alle verarbeitet, wenn man davon 20 ausgeschnitten (sogenannte Buffstlöcher), muß man mindestens 10 als geriffen wegwerfen. Diese Kleinigkeiten wurden früher alle von Bohlen geschnitten. Dann sind Ueberstunden an der Tagesordnung, jedoch nur bei den Holzarbeitern nicht, die Metallarbeiter machen mitunter 4—5 Ueberstunden täglich; bei den Holzarbeitern ist es nicht so weit gekommen, weil sie jetzt alle organisiert sind. Die Firma sucht fortwährend Stellmacher, trägend die, welche da sind, nicht weiterarbeiten können wegen Mangel an Material. Kollegen, wir bitten Euch, die Firma nicht so sehr zu überlaufen, bis wir mit unseren Verhandlungen im Reinen sind. Besonders auswärtige

Verheirathete sollten sich erst genau erkundigen, ehe sie herkommen, damit die Firma einseht, daß sie es mit organisierten Arbeitern zu thun hat.

Epienelberg in Württemberg. Unsere letzte öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Klaus einen Vortrag über: „Die Entwicklung unseres Verbandes und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung“ hielt, war recht zahlreich besucht. Auch der Herr Fabrikant nebst Geschäftsführer waren anwesend. Wenn wir bei Gründung der Zahlstelle kaum einen Kollegen kannten, der außerhalb der Organisation stand, so ist dies jetzt leider anders geworden, denn es haben sich einige Mitglieder absetzt gestellt, sie sind „flau“ geworden. Wenn der allgemeine Weisfall, der unserem Redner nach seinen 15stündigen Ausführungen gesendet wurde, ehrlich gemeint ist, dann muß sich dies durch Wiedereintritt in den Verband bemerkbar machen. Die jetzigen Unterstützungsbeirathungen des Verbandes wurden allgemein als vorthellhaft und nützlich anerkannt. Wie leichtfertig manchmal die Mitgliedschaft von den einzelnen Kollegen aufgegeben wird, beweist folgender Fall: Ein Kollege, der (vorausgesetzt, daß die Zeit der Mitgliedschaft richtig angegeben wurde) Anspruch hatte auf M 50 Sterbenunterstützung, ist vor einem halben Jahr aus dem Verbands ausgetreten. Weil Andere „flau“ geworden sind, glaubte er ebenfalls, diesem schlechten Beispiel folgen zu sollen. Bald darauf starb seine Frau. Durch seinen Austritt hatte er sein Anrecht auf Unterstützung verwirkt, die er doch so nothwendig gebrauchen konnte. Aus diesem einen Beispiel ersehen die Kollegen, daß man es doch mit der Mitgliedschaft und den erworbenen Rechten etwas gewissenhafter und ernster nehmen sollte. Zudem darf doch nicht vergessen werden, was der Verband schon an Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geleistet hat. Auch wurde schon manche Lohnreduktion durch die Organisation verhindert. Den Kollegen ist daher dringend zu empfehlen, die alte Einigkeit wieder herzustellen.

Unna. Kollege Schred aus Bielefeld referirte hier über die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Holzindustrie früher und in der Gegenwart und erzielte reichen Weisfall. Hier am Orte bestehen der Mißstände noch recht viele. Der Lohn beträgt M 3—3,50 pro Tag, ist aber entsprechend den hiesigen theuren Lebensverhältnissen nicht entfernt ausreichend. Außerdem besteht hier noch die elstündige Arbeitszeit, die aber vielen Meistern noch nicht lang genug ist und deshalb auf eine Ausdehnung hingewirkt wird. Ganz besonders thut sich darin der Schreinermeister Krämer hervor, von dem man sagt, daß er seinen Gesellen die Nothwendigkeit der länger n Arbeitzeit mit dem Abschmitt einpaukt. Auch bei der weitläufigen Wüstenfabrik und Holzindustrie findet Niemand ein Elborado. Auf einzelne Artikel verdienen die Wüstenmacher den „ansehnlichen“ Tagelohn von M 1,60. Nach einer Aufforderung des Referenten, tüchtig zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Waldburg. Die hiesigen Kollegen befinden sich mit einem Meister in Differenzen. Im Jahre 1909 wurden allgemein einige Zugeständnisse gemacht. Nur der Tischlermeister Tich weigert sich auch heute noch, die damals bewilligten 15 pSt. zu zahlen. „Wem es nicht paßt, kann gehen“, so spricht er und damit ist er fertig. Auf Unterhandlungen läßt er sich nicht ein. Es ist nun beschlossen, über seine Werkstatt die Sperre zu verhängen. Zu wünschen wäre, daß die hiesigen Kollegen die persönlichen Neibereien unterliehen und sich lieber mehr für ihre Berufsorganisation interessieren würden. Nächste Versammlung am 25. April, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Anter“.

Einigeandt.

Schmöln, Ostern 1903.
In der letzten Nr. unseres Verbandsorgans wird in anerkennenswerther Weise der Mitgliederbewegung des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins der Tischler im Jahre 1902 gedacht und ein Vergleich gezogen mit den Zahlstellen unseres Verbandes an Orten, wo der Gewerksverein der Tischler, der, wie aus jener Aufstellung hervorgeht, in ganz Deutschland nur 7304 Mitglieder hat, gegenüber unseren Verband in Betracht kommt. Was die Darstellung selbst anlangt, ist sie jedenfalls völlig ungenügend, sowohl in Bezug auf das Tischlergewerbe direkt, als auch auf die Stärke der an den Orten in Frage kommenden Berufslogen des betreffenden Gewerksvereins. In Schmöln sind z. B. bei weitem nicht 99 Tischler, oder auch nur Holzarbeiter im Gewerksverein, wie dies in der Abrechnung angegeben ist. Es hat hier Aufsehen erregt, daß der Gewerksverein der Tischler am Orte 99, der Holzarbeiterverband nur — im dritten Quartal 1902 — 162 Mitglieder aufzuweisen hat. Darauf ist zu bemerken, daß wir nur Berufslogen aufnehmen, während im Gewerksverein der Tischler Schlosser Schuhmacher, Wüstenmacher, Tabakarbeiter, Maurer, diverse Geschäftsleute und namentlich Werkführer in der Mitgliederliste zu finden sind. Nur so erklärt sich die hohe Mitgliederzahl der im Gewerksverein der Tischler organisierten Arbeiter. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von Schmöln sind jedoch weit mehr als die von unserer Zahlstelle angeführten 162. Es betrug nämlich die Zahl der am Orte gewerkschaftlich organisierten am Schlusse des Jahres 1902 insgesamt 590, einzelne Mitglieder, die dem Gewerkschaftsstatut nicht angehören, sind dabei nicht mitgezählt. Die Hirsch-Dunder'schen sind also in der von ihnen qualifizierten Gesamtheit ein verhältnismäßig kleines Häuflein, sorgen wir aber dafür, daß auch dieses kleine Häuflein noch kleiner wird, denn der Gewerksverein hat sich für die Arbeiterschaft, wenigstens hier, trotzdem sich diese Herren die „Männer mit dem klaren Blick“ nennen, noch nie von Vortheil erwiesen. Jeder erfahrene Arbeiter braucht bloß den Namen „Gewerksverein“ anzusprechen hören, sofort wird er verstimmt und sagt sich: Ja, die Unternehmer können froh sein, daß sie die noch haben! Zwei Lager in der Arbeiterschaft darf es aber in Zukunft nicht geben, besonders nicht in Orten, wie in Schmöln, wo ein Unternehmer wie der andere den Arbeiter bedrückt. Wenn darum unsere Kollegen dafür sorgen wollten, daß wir demnächst stärker an Zahl werden und eine größere Macht gewinnen, so würde sich wohl bald das zweite Arbeiterlager aufthun.

Druno Kühn.

Stimmen zur Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler usw.
Nachdem bereits die Mitglieder der Ortsverwaltungen in Halle, Köln und Nürnberg sich mit den Verhältnissen unserer Kasse beschäftigt und ihrem Willen zur ferneren

Gestaltung der Kasse Ausdruck gegeben haben, beschäftigten sich die Verwaltungen der 25., 26. und 27. Wahlabtheilung in Leipzig mit dieser Frage. Kollege Kaiserhorn hatte das einleitende Referat übernommen und besprach in kurzem die Entwicklung unserer Kasse in den letzten 12 Jahren, ging hierbei auf die Finanzverhältnisse und die verschiedenen Statutenänderungen der stattgefundenen Generalversammlungen ein und theilte etwa folgendes mit.

Nachdem im Jahre 1889 die Kasse schon mit großen Schwierigkeiten zu rechnen hatte, wurde in Berlin beschloffen, neben unserer Kasse noch eine Zuschußkasse zu gründen, um den Mitgliedern, welche schon anderweit versichert waren und dort Arzt und Medizin erhielten, ein Aequivalent zu bieten, da man nicht in der Lage war, den Doppelversicherten eine Entschädigung für Arzt und Medizin zu geben. Diese Zuschußkasse war aber von Anfang an nicht lebensfähig, weil unsere Mitglieder ihrer alten Kasse treu blieben und hofften, durch Aufbringung von Steuern, die Finanzen würden sich bis zur nächsten Generalversammlung wieder heben. Jedoch die Generalversammlung 1892 in Halle stand vor der unabänderlichen Thatsache, die Beiträge um circa 23 pSt. zu erhöhen und die Leistungen vom 80fachen auf den 28fachen Betrag herabzusetzen, um das vorhandene Defizit zu beseitigen. Trotz des großen Unwillens unter den Mitgliedern blieben sie doch der Kasse treu, bessere Zeiten erhoffend.

Bereits im Jahre 1894 wurde der Vorstand wiederum durch die Aufsichtsbehörde gezwungen, eine Generalversammlung einzuberufen, um Mittel und Wege zu schaffen, zur Erfüllung des Reservecfonds. Die Generalversammlung fand in Hannover statt; dort handelte es sich um Sein oder Nichtsein unserer Kasse, es waren hier drei Meinungen vertreten: 1. Auflösung der Kasse, 2. Umwandlung in Zuschußkasse, 3. weiter nach § 76 des St.-V.-G. bestehen zu bleiben. Mit einer Stimme Majorität wurde letzteres angenommen. In dieser wie in allen späteren Generalversammlungen wurden die Kosten für Arzt und Medizin als eine Ausgabe betrachtet, welche die großen Unterbilanzen der Kasse mit verursacht haben und zu vermeiden wären, wenn auf die Rechte im § 76 des St.-V.-G. verzichtet und die Kasse in eine Zuschußkasse umgewandelt würde.

Wir wollen kurz einmal die Zeit von der Generalversammlung in Hannover 1894 bis heute durchstreifen. Es war zunächst ein Fehlbetrag von M 251 000 aus den Jahren 1891—1893 aufzubringen. Die Leistungen wurden vom 28fachen auf den 25fachen Betrag herabgesetzt, den Doppelversicherten wurde die Entschädigung für Arzt und Medizin genommen. 1897 in Koblenz gestalteten sich die Finanzverhältnisse etwas besser, es war ein Ueberschuß von M 825 888 von 1894—1896 erzielt und ein Betrag von M 120 000 über den Reservecfonds vorhanden. Die Unterstützungsätze wurden vom 28fachen auf den 30fachen Betrag erhöht. Ein Antrag auf Entschädigung für Doppelversicherte wurde abgelehnt. Auch zur Generalversammlung in Nürnberg wurde die Finanzlage als leiblich bezeichnet, die Jahre 1897—1899 hatten einen Ueberschuß von M 100 000 gebracht. Aber der Vorstand der Kasse hat, hier keine Erhöhung der Leistungen vorzunehmen, indem der Ueberschuß von M 120 000 bereits im Jahre 1898 wieder verbraucht sei. Die Generalversammlung hat auch keine neuemwerthen Änderungen vorgenommen.

1901 wurde der Generalversammlung in Frankfurt a. M. eine Unterbilanz von M 287 704 unterbreitet, hier stand man wiederum vor der Thatsache, daß alle Herabsetzungen der Leistungen und Opfer der Mitglieder nichts genügt haben, es mußten von Neuem Mittel und Wege gefunden werden, das vorhandene Defizit zu decken.

Trotzdem mit aller Energie darauf hingewiesen wurde, daß die großen Ausgaben für Arzt, Medizin, und Krankenhäuser, welche vom Jahre 1891—1901 M 3 052 073 betragen haben, doch erspart werden könnten, wenn die Kasse in eine Zuschußkasse umgewandelt würde, beschloß die Generalversammlung in ihrer Weisheit, dem § 76 des St.-V.-G. weiter zu genügen und den Mitgliedern neue Opfer aufzuerlegen. Es wurden die Unterstützungsätze vom 30fachen auf den 27fachen Betrag herabgesetzt und eine Extrazusatz von je im 3. und 4. Quartal eingeführt.

Was haben nun alle diese Opfer den Mitgliedern genützt? Haben sich die Verhältnisse unserer Kasse gebessert? „Nein“, es ist das alte Verhältniß geblieben und der Jahresabschluss von 1902 wird dasselbe Bild zeigen.

Es ist deshalb jetzt schon Zeit, die Mitglieder aufzurütteln und für die zukünftige Gestaltung unserer Kasse zu interessieren, denn es kann nicht gleichgültig sein, ob die nächste Generalversammlung einen Beschluß faßt zum Schaden der Mitglieder.

Weder das gesunde noch das kranke Mitglied wird in der Lage sein, noch größere Opfer bringen zu können. Es ist Pflicht der Mitglieder, bei Zeiten zu dieser Frage Stellung zu nehmen, um den Delegirten, welche zur nächsten Generalversammlung geschickt werden, klar vorzuzeigen, wessen Interessen sie zu vertreten haben; ein jedes Mitglied muß diesmal seine Stimme abgeben, es darf nicht wieder eintreten, daß Abgeordnete, mit 20—30 Stimmen gewählt, einen ganzen Wahlkreis vertreten.

Darum, Mitglieder! Hinweg mit dem alten Standpunkt, es müsse an dem in früheren Zeiten Geschaffenen festgehalten werden. Diese Ideale sind hier unbrauchbar geworden, die Krankenkassen sind leider heute zu Finanzgeschäften umgewandelt worden, und wenn ein Geschäft in der alten Form nicht mehr prosperirt, so muß eine andere Form gefunden werden, dasselbe lebensfähig zu erhalten, ehe es zu Grunde geht.

Die einzig richtige Form ist nur die Umwandlung in eine Zuschußkasse; hier kann man die Summen, welche für Arzt und Medizin ausgegeben werden, zur Deckung des Reservecfonds und zur Unterstützung der Mitglieder verwenden, denn unsere Mitglieder sind heute unstreitig zum größten Theil in einer Ortskrankenkasse versichert und erhalten dort Arzt und Medizin.

Aus diesem Grunde arbeite Jeder mit, um in der nächsten Generalversammlung gesunde Verhältnisse schaffen zu können zum Wohle und zur Beruhigung unserer Mitglieder. An der Debatte über diese wichtige Frage theilnahmen sich eine große Anzahl Verwaltungspersonen, welche mit den Ausführungen des Referenten sich einverstanden erklärten und wurde zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute, am 19. März 1903, im „Coburger Hof“ zu Leipzig tagende Zusammenkunft der Ortsverwaltungen im Bezirk der 25., 26. und 27. Wahlabteilung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter Hamburg hat wiederholt mit Bedauern die Wahrnehmung gemacht, daß alle bisher auf den Generalversammlungen gefaßten Beschlüsse nicht vermocht haben, die finanziellen Schwierigkeiten der Kasse zu heben, und ist der festen Überzeugung, daß auch ferner finanzielle Verstärkungen dasselbe nicht vermögen, deshalb sind sie der Ansicht, daß die Kasse nur weiter gedeihen kann, wenn sie in eine Zuschuß-Kasse umgewandelt wird, und das Geld, was jetzt für Arzt und Apotheke ausgegeben worden ist, zur Unterstützung der Mitglieder verwendet wird.

Die Versammelten sind deshalb der Meinung, zur nächsten Generalversammlung wiederum den Antrag: „Umwandlung der Kasse in eine Zuschuß-Kasse“, zu stellen und mit allen Kräften dafür einzutreten.

Die Neuauftragten.

G. Hafertorn. M. Schmiedel. P. Anders. S. Schreyer.

Das Mitglied Joseph Huber, München vertritt im Wesentlichen die gleichen Ansichten wie die Ortsverwaltung in Leipzig. Er will aber, daß, wenn die Kasse in eine Zuschuß-Kasse umgewandelt ist, nicht schon vom dritten Tage, sondern erst nach Ablauf der 13. Woche Krankenunterstützung gezahlt werde. Die hohen Ausgaben für Arzt und Medizin könnten den Mitgliedern in Bar gezahlt werden. Des Weiteren glaubt er, daß, wenn die Kasse Zuschuß-Kasse geworden ist, sie mehr als die gegenwärtige Kasse auf den Zutritt junger gesunder Mitglieder zu rechnen hat. Selbstverständlich sei, daß auch eine größere Agitation seitens des Vorstandes einfallen müsse; der Vorstand müsse öfter an die Öffentlichkeit treten und sagen, was die Kasse zu leisten vermöge und leiste. Zum Schluss wünscht er, daß die Generalversammlung eine Bestimmung treffe für den Fall der Umwandlung in eine Zuschuß-Kasse, wie die Mitglieder, welche Jahrzehnte lang ihre Beiträge gezahlt und die Kasse wenig oder garnicht in Anspruch genommen haben, im Krankheitsfall höher entschädigt werden können. Er macht z. B. den Vorschlag, daß Mitglieder, die 1000 Beiträge geleistet, und deren Krankenunterstützung insgesamt M 400 nicht übersteigt, im Krankheitsfälle ein Mehrzuschuß von M 5 pro Woche gegeben werden solle. Dieser Mehrzuschuß soll aber die Summe von M 200 nicht übersteigen.

Mitglied Alfred Schmidt in Gebelsterg schreibt, daß er als Delegierter in Frankfurt selbst für das Fortbestehen der Kasse gestimmt habe, jedoch mit dem Vorbedacht, daß, wenn sich die Kassenverhältnisse in den folgenden zwei Jahren nicht besserten, die Umwandlung in eine Zuschuß-Kasse unausweichlich sein müsse. Er sei schon damals von Frankfurt abgereist mit dem Bewußtsein, daß fast niemand mit unserer Kasse zufrieden sei, vor allem nicht die Doppelversicherten, die vor 10 Jahren in Krankheitsfällen wesentlich besser gestellt waren, als heute. Daß die Kasse als Hilfs-Kasse nicht fortbestehen könne, sei für ihn klar, nachdem die Abrechnungen des Hauptkassiers äußerst ungünstig abgeschlossen hätten.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zum Schreinerstreik in Cassel. Die Situation ist unverändert; die Arbeitgeber machen verzweifelte Anstrengungen, Streikbrecher heranzuziehen, man hat bisher jedoch noch kein Glück gehabt. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts hatte die Parteien zur nochmaligen Verhandlung auf das Einigungsamt geladen, zu einer Einigung konnte es jedoch nicht kommen, da die Arbeitgeber solch' minimale Zugeständnisse machten, daß die Gesellen diese ablehnten; den Schiedspruch des Einigungsamtes lehnten die Arbeitgeber ab. Der Kampf wird mit aller Energie weitergeführt und dürfte sich sehr in die Länge ziehen; wir bitten daher, mit allen Mitteln den Bezug fernzuhalten.

Herr Fr. Bang, Obermeister der Zwangsinnung für das Schreinergerwerbe zu Warburg, schreibt uns: „Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes erlaube ich Sie um die nachfolgende Berichtigung des in Nr. 12 Ihrer Zeitung veröffentlichten Artikels, betreffend eine angeblich beabsichtigte Aenderung der Arbeitszeit im hiesigen Schreinergerwerbe.“

Keiner der hiesigen Innungsmeister denkt daran, eine längere als die bestehende zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, daß aus der angezogenen Arbeitsordnung auch nichts dergleichen hervorgeht, möge der beifolgende § 1 derselben beweisen:

§ 1. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, in dringenden Fällen ist der Meister berechtigt, die Arbeitszeit bis auf 12 Stunden auszudehnen und sind die Gesellen verpflichtet, einer dementsprechenden Aufforderung Folge zu leisten. Uebersunden werden mit 10 pZt. Zuschlag zu dem gewöhnlichen Lohne berechnet.

Auf Wunsch der Gesellen ist, um jede Mißdeutung auszuschließen, auf den meisten Arbeitsordnungen noch zugefügt worden, daß nur an einer beschränkten Anzahl von Tagen hintereinander über Feierabend gearbeitet werden darf. Zur etwaigen weiteren Information steht Ihnen ein Exemplar dieser Arbeitsordnung gerne zu Diensten.“

Herr Bang hatte nicht nötig, sich auf § 11 des Preßgesetzes zu berufen, um die Aufnahme seiner vorstehenden Berichtigung zu erwirken. Wir freuen uns, daß die Einsender der Notiz in Nr. 12 unserer Zeitung nicht Recht hatten, und die Meister bestrebt sind, das gute Einvernehmen nicht zu stören. Goffen wollen wir, daß der obigen Berichtigung seitens der Gesellen zu widersprechen keine Veranlassung vorliegt.

In Grünstadt i. d. Pfalz ist es in einer seit zwei Jahren bestehenden Möbelfabrik (Schuhmacher) zu Differenzen gekommen. Ein ehemaliges Mitglied des Holzarbeiterverbandes ist zum Werkführer bestellt worden (der neunte in zwei Jahren) und hat, um sich gut einzuführen bei der Firma, sofort die gegenseitige Kündigungsklausel abgepaßt, damit er die Verbandsmitglieder aus der Werkstatt los wird.

Die zweite That war der Versuch einer Lohnreduktion in Höhe von circa 15 pZt. Die Firma machte auch gleich offiziell Mitteilung, daß, wer die Arbeit für den Preis nicht machen wolle, seine Papiere in Empfang nehmen könne. Meier, so heißt der ruhmstüchtige und nach Erfolg haschende Werkführer, beyte die Firma gegen die Gesellen auf, indem er ihr riet, nur ruhig den Abzug vorzunehmen, da der Hauptvorstand die Unterstützung vertweigern werde und die Gesellen deshalb ruhig weiter arbeiten würden. Dieser Werkführer hat, obgleich noch jung in seiner neuen Praxis, doch schon das Verdienst errungen, ausgehauen zu werden, in Stein natürlich. Wer Lust hat, unter seinem wohlwollenden Regiment sich auspowern zu lassen, der säume nicht.

Die Parketbodenleger in Köln sehen im Begriff, eine Revidierung ihres bisherigen Astordtarifs vorzunehmen. Als sie den Unternehmern hiervon Kenntniß gaben, haben diese sofort, d. h. am 12. April, im „Stadtanzeiger“ folgendes Inserat erlassen:

„Die unterzeichneten Kölner Parketgeschäfte haben sich laut Beschluß von heute dahin geeinigt, daß die arbeitstüchtigen Parketleger sich nur bei der Zentrale in Köln, Kaiser Wilhelmring 4, bei Herrn G. Thomas melden können. Anfragen sind nur an die Zentrale zu richten, wo Arbeit nachgewiesen wird. Folgen die Namen.“

Anschließend handelt es sich um die Errichtung eines Maßregelungsbureaus nach berühmtem Muster. Am 13. April hat eine Sektionsversammlung der Parketleger beschlossen, am 14. April nochmals vorstellig zu werden. Ist eine Einigung nicht zu erzielen, soll die Arbeit eingestellt werden. Bezug ist streng fernzuhalten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die der „Christliche Holzarbeiter“ seinen Kollegen Giebler absetzt. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß Herr Giebler aus Freiburg, der angestellte Sekretär des christlichen Holzarbeiter- und des christlichen Gesamtverbandes, von seinen Freunden abgesetzt worden sei, und deshalb mit dem 1. April von seiner Stellung zurücktrete. Der Grund für diesen — unfreiwilligen — Rücktritt liege in persönlichen Verhältnissen des Herrn Giebler, namentlich in seiner Vergangenheit. Das wird von dem „Christlichen Holzarbeiter“ nun durchaus bestritten. Denn während bestritten wird, daß Giebler als Sekretär seinen Wohnsitz in München gehabt habe, während weiter bestritten wird, daß Herr Schürmer sich um Anstellung seines Adlatus Lang bemühe, wird wegen des Vorlebens Giebler's nur gesagt:

Giebler angeht, so hätte die gegnerische Presse alle Ursache, sich um das zu kümmern, was ihre Anhänger auf dem Kerbholz haben.“

Was also so viel heißt, daß Giebler etwas, und zwar sehr viel auf dem Kerbholz hat. Das ist die Schlussfolgerung, die ja nach einer solchen Wendung der Dinge und nach den Redaktionsgrundsätzen des „Christlichen Holzarbeiter“ aus der ganzen Affaire zu ziehen ist. Ja, mit Leuten, die bei uns fahnenflüchtig werden, ist immer nicht besonders viel Staat zu machen. Im Uebrigen unser Beileid, Herr Stegerwald!

Der Verband österreichischer Korffabrikanten hat am Ostermontag in Wien seine ordentliche Generalversammlung abgehalten. In der Einladung zu derselben heißt es, daß tief einschneidende Beschlüsse gefaßt werden. So sollen z. B. die Preise für Korffstöpsel, „die an und für sich einen kaum glaublichen Tiefstand haben, aber immer noch täglich durch Unterbietungen tiefer sinken, endlich durch ein Kartell zum Stillstand gebracht werden“. Schon vor vier Jahren, so heißt es weiter, „ist das der Generalversammlung gelungen; es wurde damals beschlossen, die Preise bis incl. für 10 000 Stück um 10 pZt. zu erhöhen. Eine Erhöhung ist nun damals leider nicht eingetreten, trotz des Beschlusses, weil gewisse Herren es für angezeigt hielten, aus solchem Beschlüsse Kapital zu schlagen.“

Aus dieser Aeußerung des Herrn „Estamillo“ — der dringend mahnt, kein Korffabrikant solle auf der Generalversammlung fehlen — geht erstens hervor, daß die Fabrikanten selbst die Preise durch Unterbietungen herabdrücken und Schmutzkonzurrenz untereinander treiben, zweitens, daß auch die Korffabrikanten keine Ausnahme von der Regel machen, d. h. Feuer und Fett sind, wenn es gilt, Beschlüsse zu fassen, aber garnicht daran denken, sie durchzuführen; genau so wie die Berliner Möbelfabrikanten, die bereits vor drei Jahren beschlossen, die Preise für Möbel um 10 pZt. zu erhöhen, bis heute aber noch nicht dazu gekommen sind, im Gegentheil sich die Preise durch Unterbietungen immer noch weiter herabgedrückt haben. Drittens geht aus der Ausführung „Estamillo's“ hervor, daß auch die Korffabrikanten von schmutzigen Egoisten nicht verschont bleiben, die sich den Teufel um von ihnen mitgefaßte Beschlüsse kümmern, sondern erst recht Schmutzkonzurrenz treiben; die nur deshalb, um den Schein zu wahren, mit großer Begeisterung für erhöhte Preise stimmen, um hinterher um so besser im Trüben fischen zu können. Die „Korffindustrie-Zeitung“ riet uns vor einigen Wochen, wir möchten, anstatt die Korffarbeiter aufzuheben (was, nebenbei gesagt, uns bisher noch garnicht eingefallen ist), helfen, daß die Schmutzkonzurrenz unter den Fabrikanten beseitigt werde. Ja, „Verehrte“, was würden Sie thun, wenn wir den Korffarbeitern raten würden, sie sollten bei den bewußten Schmutzfirnen höhere Löhne fordern und dadurch gewissermaßen einen Druck auf dieselben ausüben, damit sie höhere Preise für die Korffen fordern müssen?

Natürlich würde die „Korffindustrie-Zeitung“ und die ganze ihr verwandte Corona feiern und schimpfen auf die Arbeiter und deren „Gehorgan“, die „Holzarbeiter-Zeitung“, ja, „Verehrte“, Sie würden genau so wenig die Interessen der Fabrikanten vertreten, die anständige Löhne zahlen und angemessene Preise fordern, wie es die „Fachzeitung“ in analogen Fällen bisher verstanden hat. Wenn wir in solchen Orten, von denen aus z. B. der Berliner Möbelfabrikation ganz empfindliche Konkurrenz gemacht wird, raten, eine kürzere Arbeitszeit und entsprechende Löhne zu fordern, um so die weitere Schmutzkonzurrenz einzuschränken,

dann erklärt man uns in Aht und Mann und wird des Schimpfens auf uns gar nicht müde, und wenn wir gar gewissen großmannstüchtigen Elementen den guten Rath geben, sie sollten sich mal auf die Hosen setzen und auf Mittel finnen, wie das Gesamtverbandwerk auf ein höheres Niveau gebracht werden kann, dann — na, darüber sind unsere Leser ja unterrichtet.

Also lassen wir die neunmaligen Unternehmer aller verwandten Branchen sich wirtschaftlich todtkonzurrenzen, die Arbeiter sollen ihnen zu Liebe sich nicht mit Hungerlöhnen zufrieden geben, auch nicht über eine angemessene Arbeitszeit hinaus sich schinden und auspowern lassen! Nein, verdammt, sie sollen es nicht, und wollen es glücklicherweise auch nicht, und das werden die Macher, wo sie auch sitzen mögen, ihnen nicht verwehren können. Mögen die Arbeiter nur überall einig und — vernünftig sein, dann werden auch die Unternehmer noch zur Vernunft kommen.

Gewerkschaftliches.

Der Maurerverband zählte im verfloffenen Jahre laut Abrechnung 87720 Mitglieder. Die Hauptkasse balanziert in Einnahme und Ausgabe mit M. 1 160 707,49. Die Ausgaben setzen sich u. A. wie folgt zusammen: „Der Grundstein“ M. 86 401,45, „L'Operato Italiano“ M. 2745,07, „Oswiata“ M. 808,11, „Stavobnik“ M. 804,80, Agitation an die Gausvorstände M. 63 043,87, sonstige Agitation M. 1814,80, Zuschuß der Hauptkasse für Streiks M. 455 611,74, Reisen zwecks Streikkontrolle usw. M. 4740,86, streikende Maurer in Amsterdam M. 600, Streiks an den Verband der Bauarbeiter M. 5000, die Streikenden in Meerane an den Textilarbeiterverband M. 2000, streikende Kollegen in Bern (Schweiz) M. 1000, Zuschuß nach Zweigvereinen für Unterstützung und Rechtschutz M. 81 034,89, Generalkommission M. 8812,82, Bauarbeiterschulgeldkommission M. 1859,28, Kassenbestand am 31. Dezember 1902 M. 15 872,94. Insgesamt sind per Kant abgelegt M. 871 768,87. Das Gesamtvermögen des Verbandes beziffert sich auf M. 1 809 105,65, ein Mehr gegen das Vorjahr um M. 804 680,40.

Technisches.

Schmiere für Holzkämme. Bienenwachs und fein gestoßener Graphit werden zu gleichen Theilen genommen, hierauf Firniß so lange darauf gegossen, bis er die beiden ersten Theile gut bedeckt, und das Ganze dann bei ganz schwachem Feuer geschmolzen; wenn die Masse ziemlich dünn ist, wird grüne Seife, etwa halb so viel als Wachs, dazu genommen und gekocht. Eine andere Schmiere besteht aus folgendem: 25 Theile Wachs, 50 Theile Talg, 10 Theile Graphit, 5 Theile Wasserblei, 5 Theile grüne Seife, 5 Theile Kiendöl. Diese Mischung wird heiß aufgelöst und warm aufgetragen. Schließlich wird auch das Schmieren der Holzkämme mit reinem Bienenwachs allein empfohlen. Dasselbe wird warm und ganz dünn aufgetragen. Sind Eisenkämme nicht glatt, dann ist Wachs mit etwas Glasmehl aufgelöst zu empfehlen.

Literarisches.

Die Frauen und die Politik. Von Lily Braun. Preis 50 S, Agitationsausgabe 20 S. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. In warmen, zu Herzen bringenden Worten fordert die Verfasserin die proletarischen Frauen auf zu thätiger Mitarbeit bei dem bevorstehenden Wahlkampf. Die Revolution der Maschine hat die Frau der Ausbeutung des Kapitalismus überantwortet; die Maschine ebnet aber auch den Weg zur Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und sittlichen Fesseln, in die vergangene Zeiten sie geschlagen haben. Die Verfasserin zeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Sozialdemokratie und Zentrum von Joh. Limm betitelt sich die soeben bei Vork & Co. in München erschienene Broschüre, die durch das geschickt zusammengestellte Thatsachenmaterial der Arbeiterversicherung die Legende von den sozialpolitischen Leistungen des Zentrums unerbitlich zerstört. Der Preis beträgt nur 20 S; bei Massenbezug bedeutender Rabatt.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 28. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreislifte der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnommt werden. Das einzelne Heft kostet 25 S. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Im Verlag von J. S. B. Dieck Nachf., Stuttgart, erschien soeben Heft 4 der „**Dokumente des Sozialismus**“. Dieselben erscheinen monatlich einmal und sind zum Preise von M. 2,25 pro Quartal durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zu beziehen. Das 4. Heft enthält Beiträge über die Arbeitersekretariate, über Handelspolitik, Glasindustrie, über die Agrarfrage und Briefe dazu von Lassalle an Marx und Adolbertus u. v. A.

Briefkasten.

Eine Anzahl Berichte mußten zurückbleiben.
 * Wer nennt uns einige leistungsfähige Fensterfabriken?
 * Wer nennt uns ein Technikum oder eine Schule für Waggonbau?
Sildesheim. Ueber die Tour dürfte im Zusammenhang berichtet werden, so daß sich der eingesandte Bericht erübrigt.
Grünstadt. Euer Schicksal haben noch mehrere getheilt, es bedarf deshalb gar keiner im amtlichen Stil gehaltenen Anfrage. Wenn der Platz mangelt, müssen wir eben etwas zurückstellen.
Ewinemünde, M. Selbstverständlich muß er das.

